

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verbandes

Ar. 39. 43. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis
pro Vierteljahr 90 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: F 7 Zannowitz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mitglieder kostenlos

Berlin, 27. Septemb. 1929

Peter Blum zum Abschied.

Am 30. September d. J. tritt der langjährige Hauptvorsitzende des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verbandes, unser Kollege Peter Blum, in den wohlverdienten Ruhestand. Geboren am 17. Juni 1863 in Köln a. Rh., erlernte er das Sattlerhandwerk und nahm nach seiner Militärzeit seinen dauernden Wohnsitz in Berlin. Im Jahre 1890 trat er dem neugegründeten Sattlerverband bei und hat seit dieser Zeit (es sind beinahe vier Jahrzehnte) ununterbrochen dort, wo es galt die Interessen seiner Berufskollegen zu vertreten, an erster Stelle gestanden. Die Gesamtkollegenschaft erkannte frühzeitig den Wert und die Bedeutung eines Mannes, der sein ganzes Ich für ihre besseren Menschenrechte einsetzte, und beauftragte den Kollegen Blum mit den höchsten Ehren- und Vertrauensposten, die sie zu vergeben hatte.

Bald nach seinem Beitritt zum Verband wird er Kassierer der Verwaltungsstelle Berlin und schon im Jahre 1893 wird er zum Vorsitzenden von Berlin gewählt. Vom Jahre 1896 bis zu seiner Anstellung im Hauptauschuss des Verbandes war Kollege Blum Ausschussvorsitzender. Seit 1892 war Blum als Delegierter auf allen Verbandstagen anwesend und drei Jahrzehnte lang hat die Leitung des Verbandsparlamentes in seinen Händen gelegen. Nach seiner im Jahre 1903 erfolgten Anstellung hat Peter Blum über 26 Jahre die Leitung des Gesamtverbandes geführt und seine ganze Persönlichkeit im geistigen sittlichen Kampf um die großen Ideen und Grundsätze der modernen Arbeiterbewegung eingesetzt.

Unsere Organisation ist im Laufe der Jahrzehnte durch gute und schlechte Zeiten gegangen. Aus den kleinsten Anfängen ist sie emporgefliegen zu der heutigen Bedeutung. Durch Verschmelzung dreier verwandter Berufe ist der jetzige Deutsche Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verband geworden. Es liegt auf der Hand, daß durch das Zusammenführen mehrerer Berufe und auch durch sonstige Gegen-

sätze Reibungsflächen entstehen. Wenn die entstandenen Differenzen heute nach Möglichkeit überbrückt sind, so ist das in erster Linie mit dem Verdienst des Kollegen Blum, der es verstanden hat, die sachlichen Meinungsverschiedenheiten zum Nutzen des Verbandes zu überwinden.

Ein langes arbeitsreiches Leben liegt hinter unserem auscheidenden Führer. Blickt er zurück auf die Jahrzehnte, die er im Interesse unseres Verbandes gewirkt hat, so muß ihn der Gedanke: „Ich habe nicht umsonst geschafft, es ist vorwärts gegangen auf dem Wege zu dem hohen Ziel, dem das kämpfende Proletariat entgegenstrebt!“ mit Stolz und Freude erfüllen.

Wir sprechen dem Kollegen Peter Blum für seine Treue und Hingebung im Dienste unserer Organisation unseren Dank aus. Möge ihm noch ein recht langer und heiterer Lebensabend beschieden sein. Wir hoffen, daß Kollege Blum auch nach dem Ausscheiden aus dem so lange verwalteten Amt in engster Verbindung bleiben wird, mit dem Treiben und den Arbeiten und Zielen unseres Verbandes.

Den „Nachfahren“ möchten wir die Worte des jüngsten Delegierten auf dem Verbandstag in Dresden, des Kollegen Albert, Frankfurt am Main, in die Erinnerung zurückerufen. Er führte aus: „Wir Jungen kennen die schwersten Jahre der Arbeiterbewegung und die Tätigkeit der Funktionäre aus dieser Zeit nicht aus eigenem Erleben, sondern wir sind diejenigen, die sich in das gemachte Bett hineinlegen konnten. Aber das Werk, das geschaffen ist, ist das beste Zeugnis für die Tätigkeit der alten Funktionäre, und durch die Literatur sind jene schwere Zeiten ja auch der Nachwelt überliefert. Ich glaube, es ist der schönste Dank, den ich dem Kollegen Blum für die Jugend sagen kann, daß sein Vorbild an Treue und Pflichterfüllung nachgeahmt werden wird, und daß die Jugend weiter an seinem Werk arbeiten wird, zum Besten der Arbeiterschaft im engeren und weiteren Sinne.“

Kapitalistische Machtbestrebungen.

Eine im Dienst der Arbeitgeber stehende Presse tut alles, um die Meinungsbildung im Sinne des kapitalistischen Wirtschaftsindividualismus zu beeinflussen. Man will es verhindern, daß die Öffentlichkeit erkennt, die sich in der Volkswirtschaft anbahnen. Mit zähem Eigensinn wird den wirtschaftlichen Dingen immer noch der Anstrich des Individualuellen zu geben versucht. In Wirklichkeit hat der kapitalistische Wirtschaftsindividualismus seine Zeit gehabt, und in mancher Hinsicht mag er auch Güte für diese Zeit geschaffen haben. Wir haben längst mit privatwirtschaftlichen Korporationskräften und mit kapitalistischen Monopolbildungen zu rechnen. Leider tun das die großen Massen erst viel zu wenig. Besonders die Warenverbraucher leben viel zu gleichgültig und vertrauensvoll in den Tag hinein. Sie werden durch die Presse darüber hinwegtäuschen versucht, daß die privatwirtschaftlichen Monopolbildungen zu einer fürchterlichen Gefahr für die wirtschaftlich-soziale Entwicklung und für das kaum erst errungene demokratische Staatsprinzip werden können, wenn sie kein genügend starkes Gegengewicht in einer organisierten Interessengruppe der wirtschaftlich Abhängigen finden und wenn nicht eine vollständige freie und unbeeinflussbare staatliche Macht das wirtschaftliche Wollen und Tun bestimmt. Die Arbeiter sehen noch nicht überall klar, welche Ziele der wirtschaftlich-soziale Machtfaktor „Kapital“ verfolgt, der mehr und mehr das Schwergewicht seines Machtstrebens auf das Politische legt.

Das Kapital vermeidet es im allgemeinen, die Öffentlichkeit aufzuregen. Es verfolgt die Taktik des unauffälligen Vordringens, des Abintendens vom Wichtigen, des Vertuschens selbsttätiger Machtziele, des Einschüflerns und des Irreführens und des Lot-schweigens unangenehmer Wahrheiten. Es will nicht, daß die großen Massen sich ernst und gründlich mit wirtschaftlichen Dingen beschäftigen, daß sie das Wesen und den Zweck der volkswirtschaftlichen Arbeit sachlich-klar und wissenschaftlich-vorurteilslos begreifen lernen.

Es muß im geheimen mit großer Tatkraft für die Mehrung der kapitalistischen Macht, der volkswirtschaftlichen sowohl als auch der politischen, gearbeitet werden, wenn selbst der volksparteilich eingestellte Reichsminister Dr. Stresemann öffentlich erklärt, daß „es nicht angehe, daß große wirtschaftliche Interessengemeinschaften durch Subventionierung (Deckung der Kosten) des Wahlkampfes die Parteien in die Hand zu bekommen versuchen“. Das ist ziemlich deutlich und um so beachtenswerter, weil es ein guter Kenner der großkapitalistischen Machtgruppen und ein Anhänger des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems sagt. Es könnten noch viele beachtenswerte Stimmen ähnlicher Art hier wiederholt werden, wenn der Platz es erlaubte. Nur eine sei noch aus der „Frankfurter Zeitung“ mitgeteilt: „Es wäre zu wünschen, daß einmal durch die Presse bis in die weitesten Schichten des Volkes hinein bekanntgemacht würde, wie die großen Industrieverbände sich bei den einzelnen Parteien für ihre Sympathie feste Sitze auf den Wahllisten erkaufen können und damit Leute in

den Reichstag schaffen, die die Wählerchaft unter allen Umständen ablehnen würde, wenn sie selbst darüber verfügen könnte.“

Auch das ist deutlich. Wenn schon von „bürgerlicher“ Seite derartig offen von Korruption gesprochen wird, für die das Großkapital verantwortlich zu machen ist, dann muß es mit dem Mißbrauch der Macht, die das sich mehr und mehr monopolisierende Kapital besitzt, bereits sehr weit gekommen sein.

Zuerst hat das Großkapital in geradezu unheimlicher Weise die Gesetzgebung dahin zu beeinflussen gewußt, daß über 100 Milliarden Vorkriegsmark, die durch Privatverträge und Hypothekenspäander gesichert waren, gegen den Widerspruch der höchsten Richter durch Gesetzesmacht in die Hände der Substanzbesitzer und Kapitalisten verschoben wurden. Dann hat es sich durch Inflationstänze weitgehend die Presse dienstbar gemacht. Nun ist es fortgesetzt weiter eifrig bemüht, politisch und wirtschaftlich immer größeres Übergewicht über andere Volksteile zu bekommen. Die öffentliche Meinung wird nach den Regeln geschäftlicher Gerissenheit zu beeinflussen versucht. Die Kosten dieses Verfahrens müssen die Irreführten selbst aufbringen. Die wirtschaftliche Preisbildung gibt dazu eine sicher wirkende Handhabe.

Inzwischen treibt Monopolmacht die Presse unter Zwanges- und Zollschnur weiter in die Höhe und zwingt so die Massen zum Entbehren und zum Berzücken auf Kulturmehrung. Was macht's, ob wirtschaftliche Leerläufe und sinnlose, verschwenderische

Einrichtungen den Ruffeffekt der Arbeit bedeutend herabsetzen! Ein rationell organisierter Gesamtwirtschaftsbetrieb, der die vernünftig-zweckmäßige Ausnutzung aller Wirtschaftskräfte ermöglicht, hat den Massenverbrauch, die wirtschaftlich-kulturelle Hebung des Volkes zur Voraussetzung. Nur wirtschaftlich tüchtige Wirtschaftsführer können den Wirtschaftsprüfung so gestalten, daß er die höchstmöglichen Werte hervorbringt, daß die Löhne und Gehälter steigen und doch die Warenpreise verhältnismäßig niedrig bleiben. Aber an ihre eigentliche Wirtschaftsaufgabe, die sie als „Besitzer“ der Lebens- und Arbeitsmittel des Volkes haben, denken die Unternehmer und Großkapitalisten nicht. Der Gewinn ist ihnen nach wie vor das einzige Ziel, das sie kennen.

Für die Ziele der rationalen Hochleistung und der guten Versorgung des Volkes mit preiswerten Waren sind äußerst wenige Unternehmer der privatkapitalistischen Wirtschaft zu haben, namentlich auch deshalb nicht, weil die Umstellungen hier und da Opfer fordern können. Wie wurde doch den gewalttätigen von ihren Milliardenkunden befreiten Groß- und sonstigen Grundbesitzern in öffentlichen Versammlungen gesagt? „Wirtschaftet extensiv, dann erntet ihr zwar wenig, aber ihr habt auch ein bequemeres Leben!“ Und man kann hinzufügen: für veraltetes, unwirtschaftliches Arbeiten, für mangelhaftes Auswerten der Existenzmittel, „des Volkes“ braucht man auch keine Klugheit und Tüchtigkeit. Und die fehlt in der privatkapitalistischen Wirtschaft viel allgemeiner als vermutet wird. Nicht nur in der Landwirtschaft, auch in Industrie, Gewerbe und Handel. Prof. Dr. Bonn lehrt die Dinge sehr richtig, wenn er das Kartellwesen mit seinen Zwangsmitteln, die Fleiß und Tüchtigkeit erstickt, dafür verantwortlich macht, daß das Volk heute „unter der Herrschaft der Unfähigen“ Not leidet. Die bevorstehende Erhöhung der Lebensmittelpreise wird vielleicht noch schlimmer wirken.

Unsere große jährliche Unterbilanz im Welthandel rührt in erster Linie davon her, daß unsere nationalen Existenzmittel nicht entfernt so ausgenutzt werden, wie es möglich ist. Die Landwirtschaft erzeugt auf dem Sektor bedeutend weniger als vor dem Kriege, trotzdem ihr viele Milliarden Reichsmarktschulden erlassen worden sind.

Die Macht der Unternehmer und Substanzbesitzerorganisationen wird selber vor allem dazu benutzt, das wirtschaftlich Schwache, Leistungsunfähige, Veraltete, Fortschritthemmende mit allerhand unnatürlichen Kunst- und Gewaltmitteln am Leben zu erhalten. Dieser Idee hauptsächlich wurde auch das Gläubigerrecht geopfert, die wichtigste Grundlage des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems. Wenn dieses System mehr und mehr unhaltbar wird, dann nicht zuletzt deshalb, weil sich überall die verhängnisvollen Folgen begangener schlimmer Taten einstellen, weil die Saat, die gesät wurde, aufsteht und Früchte trägt, die der Saat entsprechen. Unter Mangel an Betriebskapital ist durchaus erklärlich. Auch der hohe Zinsfuß. Ebenfalls die großen Liebeskinder, die auf dem Bau- und Wohnungsmarkt herrschen. Das Vertrauen zur Rechtschaffenheit ist vernichtet, darum versuchen nicht nur die Kriegsverlierer, sondern auch die Kriegsgewinner einbezügliche Geldmittel möglichst selbst zu verwenden und in Wirtschaftssubstanz zu überführen. Das vorhandene deutsche Betriebskapital wird oft im höchsten Grade unrationell angelegt und ausgenutzt. Den Schaden muß die Masse tragen.

Die großen Nachteile und Gefahren, die das freie, unbeschränkte Verfügungsrecht Weniger über die Existenzmittel „des Volkes“ hat, sind nie so deutlich sichtbar geworden wie jetzt. Trotzdem sehen nicht viele wirtschaftlich Abhängige die Zusammenhänge, die natürlichen Folgen von Ursache und Wirkung; denn die kapitalistischen Nachmittels sind groß genug, um die Tatsachen zu verdecken, die wie schwere Lasten das Leben der Armen und im Recht Zurückgebliebenen drücken. Das Großkapital weiß vor allem das Pressewesen für seine Interessen auszunutzen.

Es ist nicht ein Unfug, daß in einem Zeitalter, in dem sich die technischen und sonstigen Erfindungen und wissenschaftlichen Erkenntnisse förmlich drängen und überflutigen, die Massen größere Not leiden müssen als früher, als man weit weniger ertragreiche Produktionsmittel und Produktionsrichtungen hatte! Freilich: wir wenden in Deutschland die technischen und wissenschaftlichen Hilfsmittel der Arbeit nur ganz unzureichend an, denn es hängt ja lediglich vom freien Willen der Produktionsmittelbesitzer ab, ob im alten, ausgefahrenen, weniger ertragreichen Wirtschaftssysteme gemächlich weitergefahren werden oder ob fortschrittlich und rationell gearbeitet werden soll. Professor Leberer weist in der Zeitschrift „Magazin und Wirtschaft“ darauf hin, daß die Produktionskapazität der Nationen jetzt höher ist als im Jahre 1913. Es wird im ganzen und pro Kopf der Weltbevölkerung erheblich mehr produziert als vor dem Kriege. Auch die Rohstoffproduktion der Welt vermehrt sich viel schneller als die Weltbevölkerung.

Diese Tatsachen der mangelhaften deutschen Wirtschaftsführung und Wirtschaftseistung können aber nicht verhindern, daß das alte Lied von der wirt-

schaftsentwickelnden Kraft der privaten Initiative gedankenlos von der Masse weitergefangen wird. Es ist damit aber in Wirklichkeit gar nicht so weit her. Es ist leider wahr, was die Amerikaner sagen: „Die europäischen Wirtschaften sind verrotten“. Trotzdem gibt es einzelne hervorragende Persönlichkeiten unter den Leitern der privatkapitalistischen Wirtschaft. Es gibt aber zu denken, wenn selbst große Handwerkskammern sagen, daß es an tüchtigen Wirtschaftsführern fehlt. Solange das privatkapitalistische Wirtschaftssystem wirklich nur Individualbetriebe enthält, die in freier scharfer Konkurrenz miteinander standen, war das Wort von der hohen Bedeutung der persönlichen Initiative berechtigt. Jetzt ist der Wirtschaftsschritt hauptsächlich dem Druck der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer zu verdanken. Wenn dieser Druck nicht wäre, würde die Stagnation noch größer sein.

Fast zwei Drittel des deutschen Aktientapitals sind heute in Kongernen monopolisiert. Die wichtigsten Wirtschaftsgebiete wie Kalibergbau, Braun- und Steinkohlenbergbau, Eisen- und Metallgewinnung, Großmaschinenindustrie, chemische Industrie, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerte sind zu 80 bis 100 Prozent kongerniert. Welche ungeheure Macht in wenig Händen!

Es ist nichts gegen die Vereinheitlichung und die Großbetriebsbildung, die Vereinfachung und Rationalisierung zu sagen. Im Gegenteil: nur wenn der Ruffeffekt der Arbeit sich erhöht, kann die Lebenshaltung der Massen sich verbessern. Aber diese Ent-

Die Gesellschaft kann ohne Arbeit nicht existieren. Sie hat also das Recht, zu fordern, daß jeder, der seine Bedürfnisse befriedigen will, auch nach Maßgabe seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten an der Herstellung der Gegenstände zur Befriedigung der Bedürfnisse aller tätig ist.

wicklung bedingt andere Rechts- und Gesellschaftsformen als die aus altrömischem Recht entsprungenen, die immer noch einer Zeit den Stempel aufdrücken, die ganz anders geartet ist als die, die diese gesellschaftliche Ordnung schuf.

Esperanto als internationales Verständigungsmittel.

Stellen wir uns vor: Ein — sagen wir: englischer — Genosse besucht Deutschland und Berlin. Er spricht in einer großen Versammlung zu uns. Englisch! Er ist fertig. Man klatscht eifrig Beifall. Warum? Was hat er gesprochen? Nur wenige haben ihn verstanden. Für die Masse war alles Schall und Rauch. Beifall galt nur der Person, nicht dem Wort. Bieleicht wäre der Beifall ausgeblieben — wenn — ja wenn wir ihn verstanden hätten!

Stellen wir uns vor: Ein internationaler Kongreß der Arbeiterklasse. Drei: Dänemark. Vier Verhandlungssprachen: dänisch, deutsch, englisch, französisch. Jede Rede wird dreimal überlezt. Der Redner beherrscht natürlich nicht alle vier Sprachen. Er kann also nicht alle drei Uebersetzungen kontrollieren. Erst bei der Diskussion — wiederum vierfach — wird er erfahren, daß irgendein Uebersetzungsfehler unterlaufen ist. Bieleicht ersieht er es auch erst aus dem nach dem Kongreß erscheinenden Bericht, daß man seine Worte irgendwo falsch aufgefaßt. Die Folge: Proteste und Berichtigungen. Das alles ist leider nicht Phantasie, ist Wirklichkeit bei jedem internationalen Kongreß. Stellen wir uns weiter vor: Rundfunk. Das moderne Verständigungsmittel, für das es keine Landesgrenzen gibt. Sogar man! Sehen wir uns an den Rundfunkapparat: Alle Sprachen Europas klingen uns entgegen. Leider waren wir unvorsichtig in der Wahl unserer Eltern: wir verstehen nur deutsch. Da gibt es in Holland den Arbeiter-Radio-Bund, der — so etwas ist anderswo möglich — sein eigenes Programm sendet. Es wäre sehr schön, wenn wir es verstehen könnten.

Muß das alles so sein? Muß der internationale Kongreß ein Sprachenbabel sein? Muß der fremdländische Genosse tauben Ohren predigen? Muß der Rundfunk in tausend Sprachen zu uns reden? Nein! Wir können der Arbeiterklasse Sprachunterricht geben. Schon den Kindern in der Schule. Es gibt viele Arbeiterführer — besonders Intellektuelle — die da sagen, die Frage der internationalen Sprache ist zu lösen durch Einführung des fremdsprachigen Unterrichts — meist denken sie an englisch — in der Volksschule. In der Volksschule würde man durch Unterricht einer Fremdsprache erreichen,

daß einige wenige Schüler sich diese Sprache aneignen. Ein erheblicher Prozentsatz käme über wenige Broden nicht hinaus. Warum? Weil die nationalen Sprachen viel zu schwer zu erlernen sind. Sie erfordern jahrelanges Studium.

Seit vielen Jahren — ja, seit Jahrhunderten — beschäftigen sich immer wieder Gelehrte mit der Idee, eine internationale Verständigungssprache zu schaffen. Es ist hier nicht möglich, alle die verschiedenen Lösungsversuche anzuführen, die im Laufe der Jahre aufgetaucht sind. Es sei nur an einen erinnert, der älteren Genossen sicher dem Namen nach bekannt ist: Volapük. Es fand als erstes einigermaßen brauchbares System eine Anzahl Anhänger, wäre vielleicht auch das gesuchte internationale Verständigungsmittel geworden, wenn nicht ein anderes, unvergleichlich besseres System erschienen wäre: Esperanto.

Dr. Zamenhof, der 1887 mit seiner internationalen Sprache Esperanto hervortrat, hatte den richtigen Weg gefunden. Er hatte die wichtigsten Kultur-sprachen studiert und das Beste herausgenommen zum Aufbau seiner Welt-sprache, die als Genese der europäischen Sprachen anzusehen ist. Esperanto übernimmt das Gute, das Brauchbare aus den einzelnen Sprachen und vermeidet Unregelmäßigkeiten. Es hat in seinem Wörterbuch alle Wörter, die international sind, d. h. allen europäischen Kultur-sprachen angehören. Im übrigen sind die Wörter nach dem Prinzip größtmöglicher Internationalität gewählt.

Mit dem Erscheinen des Esperanto ist das Problem der internationalen Sprache gelöst.

Man lächelt nicht mehr über „Phantasten, die sich mit der Utopie einer Welt-sprache beschäftigen“.

Esperanto ist bereits anerkannt und angewandt von fast allen internationalen Messen (z. B. Leipzig, Frankfurt a. M., Budapest, Wien), von den Rundfunkgesellschaften (siehe die Rundfunkprogramme, die regelmäßig Esperantokurse und -vorträge enthalten). Das Internationale Arbeitsamt in Genf korrespondiert in Esperanto und veröffentlicht seine Berichte in Esperanto. Der Internationale Transportarbeiterverband korrespondiert in Esperanto.

Esperanto ist sehr viel leichter erlernbar, als irgendeine andere Sprache. Ein Halbjahrkursus genügt, um es schreiben, lesen und sprechen zu lernen.

Es ist die Sprache der internationalen Arbeiter-schaft, die beste Möglichkeit internationaler Verständigung für das Proletariat.

Sorgt deshalb für Einführung des Esperanto in den Volksschulen!

Verte Esperanto und tretet in direkten Verkehr mit euren Klassen-genossen im Ausland! Besucht die Kurse der Freien Arbeiter-Esperanto-Vereinigung. Geschäftsstelle: Berlin N 58, Choriner Str. 45.

L. Sproed

Unternehmer zur Lehrlingsfrage.

Die Vorstände des Reichsverbandes des deutschen Handwerks und des Deutschen Handwerks- und Gewerbelammerverbandes haben in einer Sitzung am 8. August in Breslau zur Regelung des Lehrlings-wesens Stellung genommen und dabei eine Entscheidung angenommen, in der es unter anderem heißt: „Bei der großen Bedeutung der Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses für die gesamte deutsche Wirtschaft ist die Einbeziehung des Lehrlings-wesens in die tarifvertragliche Regelung und die damit verbundenen Wirtschaftskämpfe unerlässlich. Die wirtschaftlichen Folgen der Arbeitskämpfe, die zurzeit wegen des Lehrlingswesens in der Bau-nebengewerben ausgefacht werden, sind hierfür ein erneuter ernter Beweis. Mit steigender Beforgnis verfolgen daher die Vorstände des Reichsverbandes des deutschen Handwerks und des Deutschen Hand-werks- und Gewerbelammerverbandes die Bestrebungen, die berufsständliche Regelung des Lehrlingswesens durch eine tarifvertragliche zu erheben. Diese Bestrebungen erscheinen gerade im gegenwärtigen Augenblick um so weniger berechtigt, als sie der Absicht des Entwurfes eines Ausbildungs-gesetzes, das die berufsständliche Regelung zur Anerkennung bringen will, bewußt entgegenlaufen.“

Zum Schluß wird eine baldige Erklärung der Reichs-regierung gefordert. Der letzte Satz der oben mit- geteilten Entscheidung ist der Ausfluß des vom Reichstag verabschiedeten und dem Reichsrat vor- liegenden Berufsausbildungsgesetzes. In diesem Gesetzentwurf wird laut § 24 festgelegt, daß Verein-barungen zwischen den Parteien des einzelnen Ver-trages zulässig sind. Darin kommt eine Ver- achtung der tariflichen Regelung zum Ausdruck. Kein Wunder, daß den Unternehmern der Kamn schmitt und sie jede tarifliche Regelung des Lehrlingswesens betämpfen. Um so eifriger müssen die Gewerkschaften an dieser festhalten. Der Charakter des vorliegenden Berufsausbildungsgesetzes wird durch obige Ent- scheidung treffend gekennzeichnet.

Betrieb und Wirtschaft

Die Revisionsgrenze beim Reichsarbeitsgericht ist auf 6000 Mark erhöht worden.

Infolge einer Verordnung des Reichsjustizministers vom 8. Februar 1929 ist der § 546 Abs. 1 der Zivilprozessordnung (ZPO.) dahin geändert worden, daß in Rechtsstreitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche die Revision erst zulässig ist bei einem Streitwert von 6000 M. (bisher 4000 M.). Da nach § 72 ZPO. die Vorschriften der Zivilprozessordnung auch im Verfahren vor dem Reichsarbeitsgericht gelten, findet die Revision gegen Urteile der Landesarbeitsgerichte nur statt, wenn entweder diese Wertgrenze im Klageobjekt erreicht wird, oder wenn das Landesarbeitsgericht die Revision wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Rechtsstreits zugelassen hat.

Die Verordnung ist mit dem 15. Februar 1929 in Kraft getreten.

Hinsichtlich der Revision gegen Entscheidungen, die vor diesem Zeitpunkt verkündet sind, finden die bisherigen Vorschriften Anwendung.

Für die Gesellenauschufmitglieder.

Die Gewerbeordnung ist durch die sogenannte Handwerksnovelle in einigen Punkten umgeändert worden. Die Verordnungen traten am 1. April dieses Jahres in Kraft. Auf Grund der geänderten Bestimmungen ist auch eine Umänderung der bestehenden Handwerkskammerstatuten erforderlich. Im „Jugendführer“, der monatlichen Zeitung für die Jugendleiter der freien Gewerkschaften, wird ein Musterstatut der Handwerkskammern, kürzlich veröffentlicht vom preussischen Handelsminister, abgedruckt. Die wesentlichen für die Gesellenauschufmitglieder in den Handwerkskammern wichtigen Bestimmungen lauten:

§ 37. Zur Mitwirkung bei den Geschäften der Handwerkskammer wird ein aus ... Mitgliedern bestehender Gesellenauschuf gewählt. Stellvertreter sind in gleicher Zahl zu wählen; sie treten für die Mitglieder des Gesellenauschufes in Behinderungs-fällen oder im Falle des Auscheidens für den Rest der Wahlzeit in der Reihenfolge ihrer Wahl an.

Ueber die Einberufung eines Stellvertreters bei einzelnen Behinderungs-fällen eines Mitgliedes entscheidet der Vorsitzende der Kammer.

§ 38. Die Wahl zum Gesellenauschuf erfolgt auf fünf Jahre.

Wahlberechtigt für den Gesellenauschuf sind die Gesellenauschuf der Handwerkerinnungen, die im Bezirk der Handwerkskammer ihren Sitz haben. Die Wahl erfolgt mittels schriftlicher Abmachung unter Leitung eines Beauftragten der Aufsichtsbehörde. Jedem Ausschuf steht eine Wahlstimme zu; das Wahlrecht wird von dem Vorsitzenden des Ausschufes ausgeübt.

Wählbar ist jeder bei einem Mitglied einer Handwerkerinnung beschäftigte Geselle, der nach den §§ 31 und 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes zum Amte eines Schöffen fähig ist. Jedoch behalten die Mitglieder des Gesellenauschufes, auch wenn sie nicht mehr bei Mitgliedern einer Handwerkerinnung oder eines der im § 1031, Absatz 5 der Gewerbeordnung bezeichneten Gewerbevereins und sonstigen Vereinigungen beschäftigt sind, solange sie im Bezirk der Handwerkskammer verbleiben und keinen selbständigen Gewerbebetrieb beginnen, die Mitgliedschaft noch bis zum Ende der Wahlperiode, jedoch längstens für ein Jahr.

Die Reihenfolge der Wahl der für die Mitglieder in gleicher Anzahl zu wählenden Stellvertreter stellt der Beauftragte der Aufsichtsbehörde unter Berücksichtigung der auf die einzelnen entfallenden Stimmen fest.

Die wahlberechtigten Gesellenauschuf sind zu Wahlbezirken so zusammenzulegen, daß in jedem Bezirk ein Mitglied des Gesellenauschufes und ein Stellvertreter zu wählen ist.

Der Gesellenauschuf der Handwerkskammer hat ... Vertreter der in § 1031, Absatz 5 der Gewerbeordnung bezeichneten Gesellen zu wählen. Die Wahlen erfolgen durch Stimmzettel unter Leitung des Vorsitzenden des Gesellenauschufes. Gewählt sind diejenigen, die die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das von dem Vorsitzenden zu ziehende Los. Der Vorsitzende hat die Gewählten schriftlich von der Wahl zu benachrichtigen, sie haben die gleichen Rechte und Pflichten wie die übrigen Mitglieder des Gesellenauschufes.

Kommt die Wahl eines Gesellenauschufes nicht zustande, so ernannt die Aufsichtsbehörde die erforderlichen Mitglieder. Verweigern die Gewählten oder Ernannten sorgfältig die Dienstleistung, so erledigt die Handwerkskammer ihre Geschäfte ohne Zuziehung des Gesellenauschufes.

§ 39. Der Gesellenauschuf kann sich nach Maßgabe des § 1031 Absatz 7 ZPO. durch Zuwahl von ... sachverständigen Personen, die nicht dem Handwerkerstande anzugehören brauchen, ergänzen. Die Zugewählten haben dieselben Rechte und Pflichten wie die übrigen Mitglieder des Gesellenauschufes. § 5, Absatz 2 und 3 dieser Satzung gilt entsprechend.

Der Gesellenauschuf kann zu seinen Verhandlungen Sachverständige mit beratender Stimme zuziehen. Ihre Entschädigung für bare Auslagen (Reisekosten) und Zeitverräumnis legt der Vorsitzende der Handwerkskammer fest.

§ 40. Der Gesellenauschuf tritt auf Berufung durch den Vorsitzenden der Handwerkskammer in der Regel mit dieser zusammen.

Er wählt aus seiner Mitte auf die Dauer der Wahlzeit einen Vorsitzenden, einen Schriftführer und deren Stellvertreter; hierbei finden die §§ 12 und 13 sinngemäße Anwendung.

Der Handwerkskammer und ihrem Vorstande bleibt es überlassen, den Gesellenauschuf oder dessen Vertreter auch in andern als den in § 10 bezeichneten Angelegenheiten zuzuziehen.

Die Mitglieder des Gesellenauschufes nehmen an den gemeinsamen Beratungen mit vollen Stimmrecht teil und sind der Geschäftsordnung für die Handwerkskammern gleich deren Mitgliedern unterworfen.

§ 41. Der Gesellenauschuf ist berechtigt, während der Tagung der Handwerkskammer zu Verhandlungen zusammenzutreten, insbesondere zum Zwecke der erforderlichen Wahlen und zur Beratung und Beschlußfassung über Gutachten und Berichte in sozialpolitischen Fragen und Angelegenheiten, die die Verhältnisse der Gesellen und Lehrlinge betreffen.

§ 42. Diese gesonderten Verhandlungen leitet der Vorsitzende des Gesellenauschufes. Das Ergebnis der Wahlen sowie die Beschlüsse werden vom Schriftführer in ein Protokollbuch eingetragen und von ihm und dem Vorsitzenden unterzeichnet. Eine Ausfertigung des Protokolls sowie der beschlossenen Gutachten und erstatteten Berichte ist dem Vorsitzenden der Handwerkskammer mitzuteilen.

§ 43. Der Gesellenauschuf ist für seine gesonderten Verhandlungen beschlußfähig, wenn einschließlich des Vorsitzenden und des Schriftführers mehr als die Hälfte seiner Mitglieder versammelt ist.

Die Beschlüsse werden mit Stimmmehrheit der Anwesenden gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet über Wahlen das Los, im übrigen die Stimme des Vorsitzenden.

An den besonderen Verhandlungen des Gesellenauschufes kann der Vorsitzende oder ein anderes Vorstandsmitglied der Handwerkskammer mit beratender Stimme teilnehmen.

Ueber die Bildung von Ausschüffen für die Gesellenprüfung ist gesagt worden:

§ 45. Bei jeder Zwangsinnung wird ein Prüfungsauschuf bestellt.

Freie Innungen, die für ein Gewerbe oder verwandte Gewerbe bestehen, können zur Bildung von Prüfungsauschüffen widerruflich ermächtigt werden, wenn durch die Satzung Vorbehalte getroffen ist, daß die bei den Innungsmitgliedern beschäftigten Lehrlinge die etwa bestehende Berufs- oder Fachschule regelmäßig besuchen.

Die Zuständigkeit des von einer freien Innung gebildeten Prüfungsauschufes kann auf alle im Innungsbezirk vorhandenen Lehrlinge der betreffenden Gewerbe ausgedehnt werden, wenn zwei Drittel der beteiligten Handwerker des Innungsbezirks, die Befugnisse halten, der Innung angehörend.

§ 46. Soweit für die Gesellenprüfungen nicht durch Prüfungsauschüffe der Innungen oder die im § 129 Absatz 5 der Gewerbeordnung bezeichneten Lehrwerkstätten, gewerblichen Unterrichtsanstalten und Prüfungsbehörden gesorgt ist, errichtet die Handwerkskammer die erforderlichen Prüfungsauschüffe.

§ 47. Die Prüfungsauschüffe bestehen aus einem Vorsitzenden, für den auch ein Stellvertreter zu bestellen ist, und mindestens zwei Beisitzern.

Die Beisitzer müssen den Gewerben, für die der Prüfungsauschuf errichtet ist, angehören und zur einen Hälfte Handwerker sein, die zu Mitgliedern der Handwerkskammer wählbar sind, zur andern Hälfte Gesellen, die zu Mitgliedern des Gesellenauschufes wählbar sind und die Gesellenprüfung abgelegt haben.

Zu Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden können auch Personen bestellt werden, die nicht Handwerker sind, soweit sie die erforderliche Sachkunde besitzen. Falls die Prüfung auch in der Buch- und Rechnungsführung erfolgt (§ 131b Absatz 3 der Gewerbeordnung), ist der Ausschuf befugt, einen besonderen Sachverständigen zuzuziehen, der mit vollem Stimmrecht an der Prüfung teilnimmt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 48. Der Vorstand der Handwerkskammer bestellt die Vorsitzenden aller Prüfungsauschüffe sowie die

Beisitzer der von der Kammer errichteten Prüfungsauschüffe (§ 46).

Die Beisitzer der im § 45 bezeichneten Ausschüffe werden von den Vorständen und, soweit sie dem Gesellenstand angehören müssen, von den Gesellenauschüffen der Innungen gewählt.

Die Amtsdauer beträgt drei Jahre.

§ 49. Die Prüfungsauschüffe sind bei Anwesenheit des Vorsitzenden und zweier Beisitzer beschlußfähig.

Die Prüfung hat den Nachweis zu erbringen, daß der Lehrling die in seinem Gewerbe gebräuchlichen Handgriffe und Fertigkeiten mit genügender Sicherheit ausübt und sowohl über den Wert, die Beschaffung, Aufbewahrung und Behandlung der zu verarbeitenden Rohmaterialien als auch über die Kennzeichen ihrer guten oder schlechten Beschaffenheit unterrichtet ist. Die Ergebnisse der Prüfung sind gleich zu protokollieren. — Im übrigen wird das Verfahren vor dem Prüfungsauschuf, der Gang der Prüfung und die Höhe der Prüfungsgebühren durch eine Prüfungsordnung geregelt, die die höhere Verwaltungsbehörde (Regierungspräsident, für Berlin, die Provinz Ostpreußen und den Regierungsbezirk Marienwerder der Oberpräsident) im Einvernehmen mit der Handwerkskammer erläßt. Kommt ein Einvernehmen nicht zustande, so entscheidet der Minister für Handel und Gewerbe.

§ 51. Die Kosten der Prüfung vor den Prüfungsauschüffen der Handwerkskammer trägt die Handwerkskammer, der auch die Prüfungsgebühren zuzuführen. Bei den in § 45 bezeichneten Prüfungsauschüffen tragen die Innungen die Kosten und beziehen die Gebühren.

Ueber die Aufgaben des Gesellenauschufes ist im schon erwähnten § 10 gesagt:

„Zur Beratung und Beschlußfassung über Vorschriften, die das Lehrlingswesen regeln; über Gutachten in sozialpolitischen Fragen und über Berichte, die die Verhältnisse der Gesellen (Behilfen) und Lehrlinge betreffen, sind sämtliche Mitglieder des Gesellenauschufes einzuladen und mit vollem Stimmrecht zur Teilnahme zuzulassen. Im Falle der Ziffer 2 darf der Gesellenauschuf ein besonderes Gutachten abgeben oder einen besonderen Bericht erstatten.“

Dieses Musterstatut wird unsern Gesellenauschufmitgliedern einen Ueberblick über den Umfang der Bestimmungen über die Gesellenauschüffe in den Handwerkskammerstatuten zu geben. Auch in den Innungsstatuten sind über die Gesellenauschüffe und ihre Aufgaben umfangreiche Bestimmungen enthalten.

Entlassung wegen Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft ist nichtig.

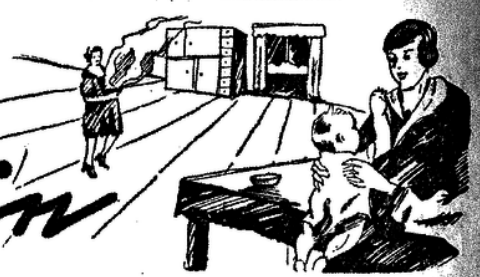
Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 24. April 1929
RUG. 533/28.

Kläger, der dem Verbanne der Gemeinde- und Staatsarbeiter angehört, behauptet, wegen gewerkschaftlicher Betätigung gemahngesetzt zu sein. Die Klage stützt sich auf den § 159 der Reichsverfassung mit dem Hinweis, daß eine verbotene Maßnahme vorliege und nach den Bestimmungen des Abs. II rechtswidrig und als Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot gemäß § 134 BGB. nichtig sei. Des weiteren verstoße die Kündigung im Hinblick auf ihren Zweck auch gegen die guten Sitten und sei deshalb der Beflagte nach §§ 826 und 823 Abs. II, sowie § 628 Absatz II BGB. zum Schadenersatz verpflichtet. Das Arbeits- und Landesarbeitsgericht in O. als Vorinstanz wies die Klage ab, und zwar ohne auf die Veranlassung und den Zweck der Entlassung einzugehen. Man stütze sich in den Entscheidungsgründen darauf, daß es allgemein anerkannter Rechtslage sei, daß ein auf unbestimmte Zeit eingegangenes Rechtsverhältnis von beiden Teilen jederzeit unter Einhaltung der vertraglichen oder gesetzlichen Kündigungsfrist gelöst werden könne.

Das RUG. hat in seiner Sitzung vom 24. April 1929 die angeführte Begründung als rechtsirrig bezeichnet und die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen. Es lag in seinen Entscheidungsgründen: „Der Artikel 159 Abs. II der Reichsverfassung erklärt alle Abreden und Maßnahmen, welche die im Satz I gewährleistete Vereinigungsfreiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, als rechtswidrig. Daraus folgt nicht nur, daß sie, soweit sie auf privatrechtlichem Gebiete nach § 134 nichtig sind, sondern auch, daß sie gemäß § 823 Abs. II BGB. zum Schadenersatz verpflichten. Unter Maßnahmen im Sinne des Artikels 159 a. a. O. fallen aber nicht nur öffentlich-rechtliche Akte, sondern auch private Willenserklärungen und einseitige Rechtsgeschäfte, also auch zur Auflösung von Vertragsverhältnissen bestimmte Kündigungen. Für sie eine Ausnahme zu machen, liegt kein Grund der Rechtsordnung zu entnehmen der Anlaß vor.“



Leben und Familien



Faust und wir.

Faust ist das Sinnbild der Menschheit. Sein Werden, wie es uns Goethe in seinem Werke künstlerisch herrlich geschildert hat, ist nicht nur das Werden des Dichters selber. So wie er wurde, so ist auch die Menschheit geworden. So wie er suchte und rang — und erkannte, so sucht und ringt und erkennt auch das Menschengeschlecht.

Es lebt noch auf verschiedenen Stufen der Faust-entwicklung. Im sinnlichen Vergnügen schmelzen die einen. Im Lernen und Wissen luchen die anderen ihr Lebensglück. Und wieder andere philosophieren immer mehr hinein in die Tiefe der Wahrheit.

Dennoch, was ist das alles? Das alles ist nicht das große Glück. In dem allen lebte auch Faust — unbefriedigt. Wo war es denn nur zu finden, das Glück?

Seelengepeiniget rang er. Rang er sein ganzes Leben hindurch. Bis er es hatte. Bis er es im Schaffen für die Gemeinschaft empfand. Was ist alles Ich gegen das Du? Was ist alles Grübeln gegen das Handeln? Arbeit und Schaffen aus „Gemeinbrang“ für die Gemeinschaft. Das ist das große, reine, das faustische Glück.

Unter dem Einfluß der sozialistischen Utopisten war Goethes Faust zu dieser Erkenntnis gereift.

Und der Dichter versiegelte sein Faust-Manuskript. Welch eine heilige Scheu vor der Größe dieser Erkenntnis!

Auch wir haben hin und wieder in Feierstunden solches Erleben, in dem sich die tiefste Tiefe unserer Seele regt. Dann fassen wir diese Gefühle nicht in Worte. Dann zerrn wir sie nicht an den Tag. Dann lachen wir nur und schweigen.

So mag Goethe gefühlt haben, als ihm die feierlichste Stunde seines ganzen Lebens die Erkenntnis gab, daß Gemeinschaftstun aus Gemeinbrang das Glück ist. Daß das Schaffen für Schwestern und Brüder den Sinn der Welt bedeutet. Daß eine neue gemeinschaftliche Menschheit nur das faustische Menschentum bedeuten kann.

Wir haben Feierstunden solch Goethischer Gefühlsgröße nötig, um in der letzten Tiefe zu erleben, was das große, stolze Ziel unserer Bewegung ist. Unter Leben geht uns hin und her. Es peinigt und treibt uns mit keiner Not. Es lacht uns abzuzerrn vom menschlich-faustischen Reifen, nach dem es uns drängt.

Und doch kann es in uns nicht ertönen dieses Echtes und Eigenliche, dieses Menschliche und Faustische, weil das unser Wesen ist.

Nur im Du liegt das Glück. Nur in der Tat für das Ganze. Und glücklich, wer in einer feierlichen Stunde einmal gepackt ist von der Tiefe des Gedankens, daß Mensch sein heißt: schenkender, liebender, brüderlich schaffender Mensch zu sein.

Dr. G. S.

Arbeitslos.

Teilweise Betriebsstillegung. — Entlassung! Wie eine Bombe pläzt das unter die Kollegen! — In ihm summt es nach: Betriebsstillegung! — Entlassung!?

Lächelnde Gesichter sieht du um dir. Ja, lächelnde Gesichter sieht du und Worte hörst du, die gleichgültig klingen sollen. „Das war doch vorauszu-sehen.“ „Da kann man nichts gegen unternehmen.“ „Ruhig hinnehmen.“

So reden sie und mancher versucht gar einen Witz zu machen. Man lacht darüber, lacht, weil es heute üblich, Masken zu tragen. Und doch merkst du, daß die Maske nicht paßt, denn in den Hirnen da wühlt es.

Verschwunden sind die Gedanken, die dich vorher bewegten. Ausgetöbt. Du denkst nicht mehr an dein Mädel, du freust dich nicht mehr auf deine Freizeitbeschäftigung, die Lust zum Arbeiten ist geschwunden, ans nächste Fest oder Vergnügen denkst du nicht mehr, und hastest du einen längeren Gedanken, so denkst du ihn nicht zu Ende.

Nur eines bemerkt dich. Entlassung. — Und jeder denkt nur: „Bist du diesmal auch dabei?“ Ber-kohnten schauen sie die Reihen entlang. „Wer davon wird gehen müssen?“ Vermutungen stellt man an.

„Die Jungen müssen zuerst dran glauben,“ jagt einer. Und wieder schaut du Reihen entlang und stellst fest: verheiratet — ledig — verheiratet — verheiratet — ledig. Mach dich gefaßt. Den Jungen fällt es am leichtesten, sie haben nichts zu versorgen, wohnen bei Müttern. Stimmt, stimmt ganz genau — in wirtschaftlicher Hinsicht. Doch welchem arbeitsamen, sparjamen, strebenden Menschen fällt es leicht, arbeitslos zu sein? Niemanden. Ganz gleich, ob jung oder alt. Und doch mußt du es selbst zugeben, daß es für den Verheirateten wichtiger ist, Arbeit zu haben.

Jeder denkt so und ähnlich. „Sagt uns endlich, wer alles entlassen wird“, sagt man zum Betriebsrat.

Endlich Betriebsversammlung. Alle sind sie diesmal da, nicht einer fehlt. Mit erhitzten Gesichtern sitzen sie da und warten, warten, bis die Liste verlesen wird. Und einige schimpfen, daß der Betriebsrat vorher so viel anderes erzählt. Wie im Wartezimmer eines Arztes kommt man sich vor, in dem lauter Menschen sitzen, die glauben, an sich die Anzeichen einer schweren Erkrankung entdeckt zu haben und auf das Urteil des Arztes warten.

Jetzt wird die Liste verlesen. Jeder ist diesmal drauf gefaßt, soll doch ein Drittel der Belegschaft diesmal gehen. Und doch erschrickt jeder, dessen Name verlesen wird und ainet doch gleichzeitig auf. Am leichtesten ist es denen, die am Anfang der Liste stehen. Die andern gehen schon eine leise Hoffnung, und wie ein Schlag trifft es sie, wenn sie ihren Namen hören.

Alle gehen sie nach Hause. Die einen erfreut, die andern Gedanken nachpinnend, doch beruhigt. Jetzt wissen sie es genau, daß sie dabei sind, und die Last der Ungewißheit, die sie alle bedrückte, ist von ihnen genommen.

Ein paar Tage geht du noch hin und es kommt dir gar nicht so vor, als ob du gehen müßtest. Gewiß macht man sich noch immer Gedanken, was nachher werden soll, aber gelassen läßt du den Tag an dich herantommen. Und deine glücklicheren Kollegen machen dir vielerlei Vorschläge, die sicherlich alle gut gemeint sind. „Versuche bei der Post, Bahn oder Gemeinde anzukommen“, sagt man dir und weist darauf hin, daß solch Straßenseger doch wirklich nichts aussteht und später noch keine Pension bekommt.

Der Entlassungstag kommt heran und in dir steigt eine Abschiedsstimmung auf, so als ob du auf lange Zeit von deinen besten Freunden und der Liebsten fortgehen müßt. Warst du lange Zeit in dem Betrieb beschäftigt, so ist er dir zu einer zweiten Heimat geworden und deine Kollegen stehen dir näher als mancher deiner Verwandten. Im Gedanken gehst du sie alle durch und stellst fest, daß sie dir mehr waren, als du es je geglaubt.

Und dann, kurz vor Feierabend, hast du deine Papiere in der Hand, drückst jedem noch mal die Hand — und gehst.

Arbeitslos. — Des Arbeiters Los.

Nach Hause kommst du, wie immer am Geldtag, legst dein Koffgeld hin. Doch jedesmal, wenn du in die Tasche läßt, fühlst du einen Briefumschlag. Deine Papiere sind drin. Die Invalidenkarte, die Steuerkarte, der Lohnauszug für den Unterstützungsantrag, die Arbeitsbescheinigung, auf der du nachlesen kannst, daß du ein halbes, ein, zwei oder drei Jahre und mehr bei der Firma beschäftigt warst und das Zeugnis, auf dem leere Worte geschrieben stehen, nichts als leere Worte, daß man mit dir stets zufrieden war und du alle Arbeiten zur Zufriedenheit ausgeführt hast und wegen Arbeitsmangel entlassen bist. Das steht darauf, ganz gleich, ob es stimmt oder nicht.

Und Mutter zieht ein Gesicht und jammert, Vater macht dir vielerlei Vorschläge, was du alles versuchen sollst, um neue Arbeit zu bekommen und die Freunde machen Witze von der Stempelfabrik, bei der du jetzt angestellt wirst. Du lächelst und lachst zu alledem, denn den Kopf wühlst du ja immer noch oben behalten, und doch ist dir dabei so komisch zumute.

Am andern Morgen, wenn die andern arbeiten gehen, rästelst du dich im Bett und denkst, daß es doch schön ist, auszuschlafen zu können. Spät siehst

du auf, ziehst dich in aller Ruhe an, frühstückst gemütslich und machst dich auf zum Arbeitsnachweis.

Ein geschäftiges Leben ist auf den Straßen, wie du es kaum gewöhnt, wenn du immer im geschlossenen Betrieb gearbeitet hast und in aller Frühe von Hause fortgehen müßtest. Das Hüpen eines Autos, das Klingeln einer Straßenbahn, das Fauchen eines Zuges, alles klingt dir heute so ganz anders. Aus der Fabrik, an der du vorbeigehst, hörst du das Summen und Surren der Maschinen, und es klingt dir wie ferne Musik. Hineingehen möchtest du vielleicht, deine Augen an den Rädern, Hebeln und Transmissionen zu weiden. Aber das Betreten des Fabrikgebäudes ist Unbefugten nicht gestattet. Ein Ausgestoßener bist du.

Zum Arbeitsnachweis gehst dein Weg, und wenn du nicht weißt, wo er ist, so brauchst du nur den vielen Männern nachgehen, die die Straße hinunterwandern und in ein größeres Haus verschwinden. Da gehst auch du hinein.

In einem eben, rauchgeschwängerten Raum trittst du ein, und selbst wenn man erkennen kann, daß der Delanstrich erst erneuert worden ist, kommt er dir schmutzig vor. Männer stehen und sitzen da und reden viel, passen ihren Rauch in die Luft; junge Burschen lachen und scherzen. An einen Schalter trittst du, und nach vielen Fragen und Antworten stellt man dir eine Karte aus, stempelt den ersten Tag und dann darfst du jeden zweiten oder dritten Tag wiederkommen, nicht etwa. Daß man dir Arbeit gebe, sondern um einen neuen Stempel einzubringen.

Ruh führt dein Weg zum Arbeitsamt, um einen Unterstützungsantrag zu stellen. Wieder fragt man dich vielerlei, schickt dich vielleicht sogar noch mal zu deiner letzten Arbeitsstelle, weil deine Papiere nicht ordnungsgemäß ausgestellt sind. Froh bist du, wenn auch das erledigt ist.

In 14 Tagen darfst du wiederkommen, um dein erstes Geld zu holen. In langer Reihe wirst du angestellt, bis auf die Treppen oder gar bis auf die Straße. Und wenn du an der Reihe bist, stellt man vielleicht fest, daß deine Zahlkarte noch nicht da ist. Man schickt dich in ein anderes Zimmer, bestellst dich zu einem anderen Tag hin und wenn du dann wiederkommst, dann bestellst man dich wieder zu einem anderen Tag oder zu anderer Zeit. Verrückt geht du nach Hause, und brummelt man dir gar die Ohren voll, so wirst du nervös, und wenn du wieder zum Amt kommst, gibst du vielleicht gar pagige Antworten. Endlich hast du dein bisheriges Geld und bist gleich wieder freundlicher. Die vielen schimpfenden und fluchenden Männer, die da immer um dir herumstehen, hast du mit der Zeit verstanden gelernt. Das Ansehen, das Worten auf den Stempel, auf das Geld macht sie nervös. Ansehen, ansehen, warten, warten — auf den Stempel, auf das bisherige Geld — auf Arbeit — — — das ist — — — Arbeitlos. Karl Birnbaum.

Aus Sachsen.

Ich hause im löblichen Plauen, nicht dem vogtländischen, sondern dem ebenso benannten Borort von Dresden.

Man gelangt nach Plauen mittels Linie 15 der Städtischen Straßenbahn.

Ich stehe zur Mittagszeit an der Innenkirche und warte auf die 15. Es kommt eine 7, die nach Löbtau fährt. Es kommt eine 107, die nach Löbtau fährt. Es kommt, des starken Verkehrs wegen, eine außerordentliche 7, die nach Löbtau fährt. Dann kommt eine stoppevolle 15.

Ich bekomme traun fürwahr in drangvoller fürchterlicher Enge doch noch einen Platz und bemerke, daß außer Führer und Schaffner eine weitere Amtsperson den Wagen bevollt: ein Kontrolleur.

„Wir armen Plauerer,“ hebe ich an, „wir werden so benachteiligt. Seht mühe ich zehn volle Minuten auf eine 15 warten. Inzwischen gingen nicht weniger als drei Straßenbahnzüge nach Löbtau. Löbtau wird so gut bedient und Plauen so vernachlässigt.“

Da sagt der Kontrolleur gelassen: „Da dähä nach Löbtau ziehn.“ (Simplizismus.)

Kollegen! Kolleginnen! Bereitet die Herbstwerbung vor!

Erdhafter Idealismus.

Idealismus ist der reine Glaube an das Höchste und Edelste, das einmal Wirklichkeit werden soll. Mit dem Klei ererbter und anergogener Anschauungen belastet, ist dieser Idealismus vielen von uns noch etwas Weltfernes, etwas für Dichter und Träumer, die von dem Leben wenig verstehen. Das Erdfremde überlieferter Erziehung bringt solche Anschauung über Idealismus mit sich. Dazu war Idealismus dem Barbarischen des Klassenstaates immer so sehr entgegengelehrt, daß man in ihm unwillkürlich etwas Revolutionäres sah, für das im Wirklichkeitsleben kein Raum war.

Natürlich ist Idealismus zu unterscheiden von Träumen und Schwärmen. Aber der echte Idealismus, das was eben nur unter Idealismus zu verstehen ist, das ist etwas Wirkliches, Erdhaftes. Wer wahrhaft an Großes glaubt, der ist auch in seinem alltäglichen Leben von solchem Glauben durchdrungen. Wer das Reine liebt und das Edle ersehnt, der ist bereit, auch zu opfern für solche Größe, zu leiden, wenn es sein muß, und einzutreten mit seiner ganzen Persönlichkeit. Wenn diese heilige Flamme großer Ideale in seiner Brust lodert, dem ist es einfach ein Bedürfnis, sie ins Leben zu schleudern und den Funken zum Entflammen zu bringen, der da in jedem Menschen glüht.

Idealismus ist äußerste Tatkraft. Idealismus ist eiserne und letzte Konsequenz. Idealismus ist Liebe im Kampfe, Liebe zum Leben, Liebe zu freier Tat.

Hört nicht auf Schwärmer und Träumer, doch hört auf die Kinder des Neuen, denen in Tat, denen im Kampfe, im wirklichen, lebendigen Wachen und Werden und Ringen der Keim des Allergrößten liegt!

Reißt den Idealismus aus der Verzerrung heraus, in die ihn das menschlichkeitsfremde Wesen des Klassenstaates hineingezwungen! Idealismus ist Menschen Glaube. Und Tat und solidarischer Kampf durchglüht von solch einem Glauben: und wir fühlen in unserer Stoßkraft und Macht das herrliche, siegende Erdhafte eines echten, gefunden und lebensfrohen Idealismus.

Mehr Schutz der erwerbstätigen Frau.

Beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gibt es auch eine sogenannte gewerbehygienische Abteilung. Sie steht zurzeit unter der vorzüglichen Leitung von Dr. Meier-Brodnik. Die Abteilung wurde geschaffen zur Förderung des Schutzes für Gesundheit und Leben der Werttätigen gegenüber den Gefahren, die denselben aus der Eigenart der Beschäftigung an sich, oder aus der Gefährlichkeit der zu verarbeitenden Stoffe in ihrer chemischen Zusammenfassung erwachsen. Jeder Beruf, und in diesen selbst wieder jeder Arbeitsplatz, birgt in dieser Hinsicht seine besonderen Gefahren, die man gemeinhin als die besonderen Berufsgefahren bezeichnet. Die gewerbehygienische Abteilung soll es nun ermöglichen, daß alle Erfahrungen, die von den Arbeitern selbst auf diesem Gebiete gesammelt werden, einer systematischen Sichtung, Gliederung und Behandlung unterworfen werden können. Das hat zum Ziel: Schaffung größtmöglicher Sicherung gegen diese besonderen Berufsgefahren und ausreichender Entschädigung für erlittenen Schaden. Bekannt ist auf diesem Gebiet besonders der Kampf um die Anerkennung der auf solche Art zugezogenen Erkrankungen als der Unfallversicherung unterliegender Berufskrankheiten.

Die bisherigen diesbezüglichen Erfahrungen haben es der gewerbehygienischen Abteilung vorteilhaft erscheinen lassen, wie ihr Leiter Meier-Brodnik in der Bundesauschussitzung im März 1929 ausgeführt, zu empfehlen, daß die Krankentafeln gewerbeärztliche Untersuchungsstellen errichten, was einer überall gegenwärtigen Spezialbeobachtung der besonderen Berufsgefahren und ihrer Auswirkung gleichkäme. Diese Empfehlung müßte eigentlich zum Gesetz erhoben werden und zwar auch aus Gründen, die nicht nur in der Spezialerkennung der Berufskrankheiten als solche zu suchen sind. Es müßte vielmehr bei Feststellung typischer Erkrankungen beim Einzelarbeiter der evtl. Zusammenhang dieser mit der zufälligen besonderen Beschäftigungsart festgestellt werden, auch wo es sich nicht um anerkannt entschädigungspflichtige Berufskrankheit handelt. Tatsache ist nämlich, daß ein und dieselbe Beschäftigungsart ganz verschieden auf die einzelnen Beschäftigten wirkt. Wo der eine völlig gesund bleibt und nicht die ge-

ringsten Schäden verspürt, da erwächst dem anderen unvermeidbarer Schaden, der ihm oft zum schleichenen Tode werden kann. Am schlimmsten offenbart sich das — leider bisher fast unbeachtet und unkontrolliert — bei den erwerbstätigen Frauen. In den allermeisten Fällen zum Beispiel wird heute in den gemischt-geschlechtlichen Betrieben mit der Beschäftigungsart in keiner Weise der besonderen Konstitution der Frau gegenüber ihrem männlichen Arbeitskollegen Rechnung getragen. Unermeßlicher Schaden erwächst so sehr oft aus der Erwerbsarbeit der Frau dieser selbst als Person, Gattin und Mutter einerseits, aber auch der gesamten Volksgesundheit, die stark von einer gesunden Fortpflanzungsmöglichkeit abhängig ist, andererseits.

Man ist nun allgemein sehr leicht geneigt, diese letztere Tatsache einfach als eine zwar bedauerliche, aber mit der Frauenerwerbsarbeit unabwendbar verbundene Begleiterscheinung hinzunehmen. Und doch unterliegt es gar keinem Zweifel, daß bei richtiger Beobachtung und Behandlung dieses Problems noch sehr viel zum Vorteile der erwerbstätigen Frau und damit der ganzen Volksgesundheit getan werden könnte. Die medizinische Wissenschaft lehrt heute, daß es in den meisten Fällen nur verkehrte Körperstellung und -haltung ist, die die Frau bei physischer Leistung, also besonders bei der Arbeitsverrichtung einnimmt, was die besonderen Frauenkrankheiten verursacht.

Hinzu kommt, daß auch bestimmte chemische Arbeitsstoffe auf die weibliche Konstitution bedeutend gefährlicher wirken, als auf die männliche. Diese beiden Gesichtspunkte werden immer noch viel zu wenig beachtet. Hier muß unbedingt in Zukunft besondere Initiative auf Gewerkschaftseite Platz greifen und auf diesbezüglich besonderen Frauenschutz gedrängt werden. Wie sehr es sich hier um ein besonderes Beobachtungsgebiet handelt, und wie sehr hier die Notwendigkeit, aber auch die Möglichkeit einer Abhilfe und eines Sondereschutzes besteht, zeigt wohl am deutlichsten die nachstehende Tabelle über die Erkrankung beider Geschlechter.

In der Ortskrankenkasse Leipzig kommen auf je 10 000 Pflichtmitglieder:

	beim Manne	bei der Frau
Krankheiten der Atmungsorgane . . .	563	481
Tuberkulose . . .	77	63
Entwicklungskrankheiten . . .	0,2	1,21
Sonstige Allgemeinerkrankungen . . .	90	701
Blutarmut . . .	28	676
Krankheiten der Verdauungsorgane . . .	602	876
Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane . . .	49	255

In der wichtigen Zeit zwischen dem 26. bis 35. Lebensjahre kommen auf 10 000 Pflichtmitglieder:

	beim Manne	bei der Frau
Tuberkulose . . .	82	83
Entwicklungskrankheiten . . .	—	212
Allgemeinerkrankungen . . .	84	677
Krankheiten der Verdauungsorgane . . .	612	983
Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane . . .	52	406
Krankheiten des Nervensystems . . .	125	189
Krankheiten der Kreislauforgane . . .	87	124

In Verbindung hiermit ist es nun äußerst interessant, eine Abhandlung von Max Hirsch über „Frau und Arbeitsmedizin“ zu lesen. Dort zählt Hirsch die besonderen Gefahren auf, die der Frau aus ihrer Erwerbsarbeit in den einzelnen Berufen bezüglich ihrer speziellen Frauengesundheit erwachsen. Vergleicht man dagegen die Arbeiterschutzbestimmungen im allgemeinen und die für die Frauen im besonderen, dann muß festgestellt werden, daß der gewerbliche Frauenschutz bisher ziemlich vernachlässigt wurde, was wahrscheinlich auf eine bis jetzt nicht genügend tiefgründige Erforschung des ganzen Problems zurückzuführen ist. Der gewerbehygienischen Abteilung des ADGB, könnte sich hier noch ein dankbares Arbeitsfeld erschließen, das zu bearbeiten, insbesondere in Verbindung mit den von Meier-Brodnik geforderten gewerbeärztlichen Untersuchungsstellen bei den Ortskrankentafeln, legerische Resultate ergeben könnte, sowohl für die erwerbstätige Frau als Mensch, wie auch für die ganze Volksgesundheit. Unsere Technik ist heute soweit vorgeschritten, daß jeder Arbeitsvorgang jeglicher notwendigen oder gewünschten Körperstellung angepaßt werden kann.

Der moderne Rationalisierungsprozeß, soweit er sich im Dienst des Profits vollzieht, beweist das. Das gleiche aber muß auch gelten für den Dienst an der Gesundheit unserer Frauen. Leider erscheint dergleichen unseren Arbeitsgebern noch als eine Maßnahme zur Förderung der Bequemlichkeit, wenn nicht gar Faulheit. Genau daselbe gilt für die Maß-

nahmen gegen die Gefahren, die aus der Verarbeitung chemisch gefährlicher Stoffe entstehen. Im Zeitalter, in dem man Cholera- und Pestbazillen anatomisiert und Atome zertrümmert, da sollte der Schutz der Werttätigen vor chemischen Gefahren wirklich keine Unmöglichkeit mehr kennen. Und ist es auch nicht das Unmögliche, was solch ausreißenden Schutzmaßnahmen entgegensteht, sondern nur das zurzeit noch herrschende Unwille. Diese Unwille zu beseitigen und die allseitige Bereitschaft zur Hilfe zu erkämpfen, muß in erster Linie aber Aufgabe der erwerbstätigen Frauen selbst sein. Die beste Möglichkeit hierfür ist gegeben in der Berufsorganisation, von deren Stärke der ganze Erfolg jeglicher Arbeiterforderung abhängig ist. Deshalb merke sich gleichzeitig jede Kollegin, daß die beste Werbearbeit für ausreichenden Gesundheitsschutz die Werbearbeit für die Organisation ist. J. B.

Gesundheitszustand und Bevölkerungsbewegung des deutschen Volkes.

Wie in den vorigen Jahren hat das Reichsministerium des Innern auch jetzt in einer Denkschrift über die gesundheitslichen Verhältnisse des deutschen Volkes im Jahre 1927 (Reichstagsdruckache N. 936) berichtet, die zugleich ein aufschlußreiches Bild von der sozialen Lage, den bevölkerungspolitischen, Ernährungs-, Wohnungs- und Erwerbsverhältnissen bietet. Trotz des erhöhten Zugangs an neuen Ehen ist die Quote des Geburtenüberschusses weiter gesunken, von 8,8 auf je 100 der Bevölkerung im Jahre 1925, auf 6,4 im Jahre 1927, sie beträgt jetzt fast die Hälfte der Ziffer von 1913, und zwar sind die ehelichen Geburten an der Abnahme härter beteiligt als die unehelichen (eine Tatsache, die den Gegnern des § 218 übrigens zu denken geben sollte). Aber auch die Sterblichkeit, die bis jetzt als Ausgleich ebenfalls dauernd im Sinken war, hat diesmal sich etwas erhöht, eine Folge der Grippeepidemie zu Anfang 1927. Die Erkrankungsurachen scheinen sich jedoch zu verschleichen. Tuberkulosesterblichkeit und Tuberkuloseerkrankungen sind in ständigem Rückgang. So gingen z. B. die Tuberkulosefälle bei der Siemens-Betriebskrankentafel von 5,16 im Jahre 1926 auf 3,56 Proz. im Jahre 1927 zurück, ein Erfolg der Tuberkulosebekämpfung, die sich bei besseren Wohnverhältnissen noch weit günstiger auswirken könnte. Auch die Geschlechtskrankheiten haben weiter abgenommen. Dagegen haben nicht nur die Krebskrankungen sondern auch nicht unwesentlich die Blinddarmerkrankungen zugenommen. Von den mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Erkrankungen der Verdauungsorgane waren z. B. bei der Ortskrankenkasse Berlin 1926 5,5 männliche und 6,9 weibliche Fälle von je 100 Mitgliedern gemeldet, 1927 dagegen 7,8 männliche und 9,8 weibliche — typische Folgen der unrationellen Großstadt-Lebensweise. Besonders zu denken gibt die starke Zunahme der Krankheiten des Nervensystems, vor allem der Neuralgie, gerade bei der arbeitenden Bevölkerung, da „bei der starken Abhängigkeit des allgemeinen Gesundheitszustandes von der seelischen Verfassung auch die körperliche Elastizität allmählich herabgedrückt werden muß.“ Daß die Zunahme der Neuralgie hauptsächlich durch die monotone Arbeit im weitestgehend spezialisierten Arbeitsmechanismus bedingt ist, sieht auch die Denkschrift, sie folgert jedoch daraus, daß die aus dem rationalisierten Arbeits- und Lebens-tempo sich ergebende Herabminderung der Lebensbejahung und des Selbstgefühls „zu einer übertriebene Besorgnis gesteigerten Selbstbeobachtung und zur Unzufriedenheit“ führe. Als Heilmittel dagegen empfiehlt die Denkschrift „Vertiefung des Gemeinschaftsgefühls und gesunde Ausgestaltung des Familienlebens“, doch scheint es eigentlich eine dringender wichtigere Aufgabe, die gesundheitslichen Schädigungen der Arbeiterschaft durch die Rationalisierung einmal eingehend zu untersuchen — eine Aufgabe, für die das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit zuständig wäre! Der seelisch-nervöse Tiefstand drückt sich auch in der Zunahme der Selbstmorde aus. Als das schwerste Hindernis der Volksgesundheit bezeichnet die Denkschrift den Wohnungsmangel und die hygienische Unzulänglichkeit zahlreicher Wohnungen. Eine Erhebung des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände stellte fest, daß jeder fünfte Jugendliche kein eigenes Bett hat. Abgesehen von der noch sehr im Argen liegenden allgemeinen Körperpflege ist jedoch der Gesundheitszustand der Schuljugend im großen und ganzen nicht unangünstig. Rund 40 Proz. der Schulkinder zeigten einen guten und 50 Proz. einen ausreichenden Ernährungszustand, während 10 Proz. unterernährt waren.

Aus Beruf und Verband

Die Allgemeine Tapezierer-Zeitung gegen die wirtschafts einblinde Arbeiterbeschäftigungsgesetzgebung.

Die seit den Frühjahrsmonaten anhaltende Aufwärtsbewegung in Industrie und Handwerk ist zum Stillstand gekommen und hat teilweise sogar dem Rückgang Platz gemacht. Zu den Berufen, die von dem Arbeitsmangel am härtesten in Mitleidenchaft gezogen wurden, gehört unbestreitbar das Tapezierergewerbe. Verschärft wird diese Situation infolge starker Ueberbesetzung mit Kleinmeistern. Durch übermäßige Lehrlingszüchterei ist ein Ueberangebot von Gehilfen vorhanden und es hat sich mit der Zeit der Zustand herausgebildet, daß selbst in den Zeitabschnitten, in denen eigentlich Hochkonjunktur herrschen müßte, große Prozentteile der Tapezierergehilfen arbeitslos auf dem Pflaster liegen.

Aus der Tatsache nun, daß infolge der unübersichtlichen Wirtschaftslage große Konjunkturschwankungen an der Tagesordnung sind, zieht ein Mitarbeiter der „ATZ.“ nachstehende Rußanwendung. In Nr. 18 der „ATZ.“, Seite 485 und 486 wird in einem kg. unterschriebenen Artikel Front gemacht gegen die geregelte Arbeitszeit. Es wird versucht, die Notwendigkeit unbeschränkter Arbeitszeit zu begründen und dann heißt es wörtlich:

„Man sollte nun meinen, daß ein Volk und eine Wirtschaft, die sich in so großer Not befinden und eine so große Arbeitslosigkeit und Verdienstlosigkeit zu verzeichnen haben, gerne jede Arbeitsgelegenheit und Verdienstmöglichkeit ergreifen und gern jeden Auftrag ausführen werden, auch wenn er an besondere Bedingungen geknüpft und innerhalb einer kurzen Zeit und mit Hilfe von Ueberstunden und Mehrarbeit ausgeführt werden muß. Man sollte weiter glauben, daß der Staat, der unter der Arbeits- und Verdienstlosigkeit von Volk und Wirtschaft ja gleichfalls zu leiden hat, gegen eine solche Handhabung auch nichts einwenden und sich mitfreuen würde, daß wieder eine Arbeits- und Verdienstmöglichkeit gegeben ist. Doch dem ist nicht so. Immer wieder greift der Staat durch eine Gesetzgebung ein, die dem widerspricht und die Arbeit in solchen Fällen hemmt und verhindert und wenn sie ausgeführt wird, bestraft. So sind auch vor kurzem wieder Arbeitgeber bestraft worden, die kurzfristige Vieraufträge auszuführen hatten und sie mit Einverständnis der Arbeitnehmer in 15 stündiger Arbeitszeit ausgeführt haben. Denn das Gericht war der Meinung, daß sich die Ueberarbeit bei vorheriger Ueberprüfung des Betriebs und bei einer anderen Einteilung und Verteilung der Arbeit hätte vermeiden lassen. Immer wieder wird also Ueberarbeit bestraft und werden Arbeitnehmer und Arbeitgeber daran gehindert, vorhandene Verdienstmöglichkeiten auszunützen. Lieber macht das Gericht Ueberstunden. Eine Reform des Arbeitsschutzgesetzes ist deshalb notwendig.“

Also weil einige Arbeitsgerichte so vernünftig gewesen sind, gegen das unmäßige Schinden von Ueberstunden vorzugehen, heißt die Parole: „Weg mit dem Achtstundentag“. Reform des Arbeitsschutzgesetzes, damit unter dem Vorwand kurzfristiger Lieferungsaufträge Ueberstunden gemacht werden, ganz wie es in dem Belieben des Meisters steht. Wo die große Masse der arbeitslosen Tapezierer-Gehilfen und der beschäftigungslosen Kleinmeister bleiben soll, wenn die vorhandenen unzureichenden Aufträge bei unmäßig langer Arbeitszeit zusammengehauen werden, danach fragt der eigenartige Volkswirtschaftler in der „ATZ.“ nicht. Er ist der Meinung, daß der Staat, der unter der Arbeitslosigkeit und Verdienstlosigkeit ja gleichfalls zu leiden hat, gegen eine solche Handhabung nichts einwenden dürfe, sondern sich darüber freuen müßte. Hat der Herr nicht daran gedacht, daß dem Staat schließlich auch die Aufgabe zufällt, die Opfer der allgemeinen großen Arbeitslosigkeit zu unterstützen, und daß die Zahl dieser Erwerbslosen sich mit Verlängerung der Arbeitszeit ins Ungeheuerliche steigern muß?

Selber sind es gerade die Wirtschaftskreise, die nach dem Abbau der Arbeiterschutzgesetzgebung schreien, die den Ausbau der sozialen Versicherungseinrichtungen als unnützlich ablehnen und mit aller Macht bestrebt sind, die Leistungen der staatlichen Arbeitslosenunterstützung abzubauen. Entweder wissen die Verfechter derartiger Ideen nicht, wie groß die Not in weiten Volksteilen ist, oder sie wollen es einfach nicht wissen. Die stets steigende Zahl der Unterstützungsempfänger in der Arbeiter- und Arbeitslosenversicherung gibt einen traurigen aber wahren Einblick darüber, daß es heute immer

noch Mitmenschen unmöglich gemacht wird, sich aus eigener Kraft zu unterhalten.

In unseren Kollegenkreisen aber muß dieser schöne Erguß einer Schorfmacherseele auch dem Gleichgültigsten die Augen öffnen über die Art, wie man sich in diesen Kreisen die Entwicklung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Zukunft denkt. Die Erfahrung der Jahre hat uns deutlich gezeigt, daß dieser Kampf gegen eine geregelte Arbeitszeit gedacht ist als Anfang von weiteren Verschlechterungen und Abbau der bisherigen Erwerbsverhältnisse der Gewerkschaften.

Die einzig richtige Antwort kann nur sein: weiterer fester Zusammenschluß, Stärkung der Organisation nach innen und nach außen.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse in rationalisierten Betrieben.

In Verfolg des Artikels „Der Sattler als Wagen- und Autogarnerer“ einst und jetzt“ in Nr. 31 unserer Zeitung soll hier versucht werden, die Lohnverhältnisse, wie sie die Rationalisierung auslöste, darzulegen. Dem technischen Fortschritt werden sich die Gewerkschaften nicht ablehnend gegenüberstellen, aber es muß versucht werden, nicht nur den bei früheren Arbeitsmethoden erzielten Lohn zu erhalten, sondern den jetzigen Leistungen entsprechend zu erhöhen. Bei unseren engstirnigen Unternehmern war vorauszu sehen, daß mit Einführung neuer technischer Hilfsmittel auch ein Versuch die Löhne zu drücken verbunden sein muß. Dieser Versuch schlen um so mehr Aussicht auf Erfolg zu haben, da durch die neue Arbeitsweise ein großer Teil der Belegschaft zunächst überflüssig wurde und zur Entlassung gelangte. Dem im Betrieb verbliebenen Rest glaubte man soweit eingeschüchtern, daß ein Lohnrückgang Erfolg versprach. Nur dort, wo eine gute geschlossene Organisation vorhanden, wurden diese Vorhaben vereitelt. Eine Erhöhung des Lohnes über die allgemeinen tariflichen Sätze eines Wirtschaftsgebietes wurde jedoch bisher nicht erreicht. Aufgabe der Gewerkschaften muß es sein, derartige Betriebe aus dem Rahmen von Kollektivverträgen herauszuziehen. Es geht nicht an, eine Lohnpolitik zu verfolgen, die alle Betriebe einer Industrie ohne Unterscheid der technischen Vervollkommnung gleich behandelt. Der dort erzielte Lohn wird immer auf die rückständigen Betriebe zugeschnitten sein. Der Unternehmer mit modernem Produktionsapparat fühlt sich wohl im Kreise seiner rückständigen Kollegen, wird ihm doch dadurch ein höherer Profit garantiert. Den Ruf nach Loslösung von Bezirksstarifen erhebt die Arbeiterchaft der rationalisierten Betriebe schon seit Einführung dieser Arbeitsmethoden. Ernsthafte Schritte, diesem Ziele näher zu kommen, wurden bisher von den Gewerkschaften nicht unternommen. So leicht wird dies auch nicht sein, aber vor dieser Arbeit darf nicht zurückgeschreckt werden. Es müssen Wege gesucht und gefunden werden, um den Kollegen in diesen Betrieben einen ihrer Leistung entsprechenden Lohn zu sichern. Ein äußerst unliebsamer Faktor in den heutigen Lärchen ist die Lohnstaffelung nach Jahresklassen. Für Wanderarbeiter ein Lohn. Es geht nicht an, daß am Band ein Kollege von über 24 Jahren 100 Proz. an Lohn erhält, während ein jüngerer Kollege die gleiche Arbeit in der gleichen Zeit ausführen muß und dafür nur 90 Proz. je nach Alter bis herunter zu 60 Proz. bezahlt bekommt. Der finanzielle Schaden, den diese Kollegen erleiden, ist zum großen Teil Ursache für die Gleichgültigkeit, die von den jüngeren Kollegen aller Gewerkschaftsarbeit und allen Tagesfragen entgegengedrückt wird. Auch hier muß unser Hebel ansetzen. An einem Beispiel soll des weiteren das Lohnsystem und die Lohnverrechnung der am Bande beschäftigten Kollegen dargelegt werden. Jeder einzelne hat seinen festgelegten Stundenlohn, ausgedrückt in Minuten, der in einer Lohnperiode, wenn die vorgeschriebene Arbeit reiflos erfolgt ist, zur Auszahlung gelangt. Angenommen: es sind täglich 10 Karosserien fertigzustellen à 720 Minuten = 7200 Minuten. Dazu sind bei achtstündiger Arbeitszeit (480 Minuten) 15 Kollegen erforderlich. Durch irgendwelche Umstände wurden aber nur 9 Karosserien fertig gleich 6480 Minuten. Also ein Minus von 720 Minuten. Dies geteilt durch 15 ergibt pro Mann 48 oder nämlich 6 Minuten. Dieses tägliche Beispiel kommt nach Ablauf einer Lohnperiode zur Anwendung. Ein heute entstehendes Defizit wird morgen wieder herauszuschinden versucht. Stellt sich am Schluß des Verrechnungsabschnittes dennoch ein Minus heraus, so erhalten die betreffenden Abteilungen

Lohnabzug in angeführter Weise. Aber auch hierbei lockt man nur mit Wasser und Abteilungen, die eine geschlossene Einheit bilden, haben dieses Vorhaben noch immer verhindern können. Umgekehrt ist das Verhältnis wesentlich anders. Erhöht sich die Produktion durch intensiveres Antreiben oder neu abstoppen, so wird kein höherer Lohn gezahlt. Es besteht also keine Möglichkeit, Lohn besonders bei Leistungen keinen Lohn zu steigern, aber Abzüge vom Lohn durch Umstände, für die der einzelne nicht verantwortlich, stehen in Aussicht. Eine Lohnaufbesserung erfolgt individuell auf Vorschlag der Meister. Das kommt sehr selten vor, und dann finden gewöhnlich diejenigen Berücksichtigung, die sie am wenigsten verdienen. Das eigenartige hierbei ist, daß Lohnaufbesserungen befristet werden müssen bis hinaus zur Direktion, die erst die Genehmigung erteilt. Abzüge dagegen kann jeder, bis zum simplen Werkstattschreiber hinunter, vornehmen. Aus Vorstehendem ist zu ersehen, daß Bandarbeit weber Lohn noch Affordarbeit ist. Eine treffende Bezeichnung ist in unserem Wortschatz nicht enthalten. Auf alle Fälle ein äußerst raffiniertes Ausbeutungssystem, dem eine entsprechende Entlohnung gegenübergestellt werden muß. Weiter muß bei der Lohnhöhe der Beschäftigungsgrad in Betracht gezogen werden. Waren früher unsere Kollegen zum größten Teil das ganze Jahr über voll beschäftigt, so hat sich dies heute grundlegend geändert. In der Hauptgeschäftszeit werden Masseneinstellungen vorgenommen, denen bei Abflachungen ebenfalls Entlassungen folgen. Hinzu kommt noch Kurzarbeit, die in den letzten Jahren beträchtliche Ausmaße annahm. Konnte früher bei ruhiger Geschäftslage Vorrat gearbeitet werden, so läßt sich dies heute bei der Massenproduktion nicht mehr durchführen. Wir nähern uns diesbezüglich den Saisonbetrieben. Wie dort höhere Tariflöhne und Verdienste zu verzeichnen sind, so wird auch für uns dies zu erstreben sein. Eine weitere Forderung, die sich aus diesen Arbeitsverhältnissen ergibt, ist die Verkürzung der Arbeitszeit. Immer mehr Arbeitskräfte werden aus dem Produktionsprozeß ausgestoßen, die Unsicherheit der Beschäftigung und die damit verbundenen Verschlechterung der Lohnverhältnisse drängen dazu. Die Freizeit des am Bande beschäftigten Arbeiters muß erhöht werden. Er muß Zeit gewinnen, sich der verblöddenden Eintönigkeit der Arbeit zu entziehen.

Nach einige Worte über den Einfluß dieser Arbeitsverhältnisse auf das Gewerkschaftsleben. Schon 1924 schreibt Dr.-Ing. Wagner in der „Gewerkschaftszeitung“ in persönlich gemachten Beobachtungen in Amerika zu dieser Frage: „In Amerika liegt das europäische Gewerkschaftssystem im Sterben und wird ermüdet von der mechanisierten Arbeitsmethode des Dollargebietes, der die Berufe zerstört, um sie zu überwinden, sie teilt, um sie zu beherrschen.“ Auch wir müssen uns dieser Gefahr bewußt sein. Die Anzeichen trügen nicht, wir steuern darauf zu. Die Stoßtruppen der Gewerkschaften, die gelernter Arbeiter, werden überflüssig gemacht. Die Geschicklichkeit und das persönliche Können sind im Wert gesunken, der alte Kampfgestir, der Eigenwille und das Selbstbewußtsein haben dadurch schwer Einbuße erlitten. Jeder fühlt und spürt es, wir können nicht mehr so auftreten wie früher. Reines hat Zeit, mit dem anderen über irgendwelche Fragen zu reden. Die Hauptagitation von Mund zu Mund im Betriebe ist hinfällig geworden. Ein Gemisch von Gelehrten und Ungelehrten in den einzelnen Abteilungen gibt ein Gefühl der Unsicherheit bei etwa geplanten Vorstößen. Was ist dagegen zu tun? Wohl haben wir ein Betriebsrätegesetz, das uns gegenüber Amerika von Vorteil ist. Es muß besonders hervorgehoben werden, daß die Betriebsratsmitglieder durch diese Arbeitsmethoden einen ausgedehnten mühevollen Wirkungsbereich erhalten haben. Dort der richtige Mann am richtigen Platz kann viel, sehr viel von den Gefahren, die den Gewerkschaften drohen, abwenden und nützbringende Arbeit leisten. Also: Ausbau dieses Gesetzes, mehr Rechte und Befugnisse den Betriebsräten! muß unsere Forderung lauten. Aber auch die Kleinarbeit der britischen Funktionäre und Vertrauensleute muß den neuen Verhältnissen angepaßt werden; ebenso haben die Zentralstellen diesen Vorgängen äußerste Beachtung zu schenken. Auch wir müssen uns umstellen, neue Wege suchen, die Lage erkennen, um unseren Kollegen und ihren Forderungen gerecht zu werden. Bis jetzt hat nur, und nur einzig, der Unternehmer einen Vorteil aus diesen Arbeitsverhältnissen. Die Gewerkschaften haben mit in den Ruf nach Rationalisierung eingestimmt, ohne die damit für die Arbeiterchaft drohenden Gefahren erkannt und vorbeugende Maßnahmen getroffen zu haben. Das Versäumnis nachzuholen wird schwer sein, es muß aber geschah werden. E. D.

Berichte aus den Verwaltungen

11. a. K. „Berufsberatung und Berufswahl“ lautet das Thema, welches der Kollege Schröder vom Berufsamt in Köln in der Versammlung behandelte. Er betonte, daß man in der Vorkriegszeit nicht an eine Berufsberatung dachte. Erst nach dem Kriege wurden, durch die wirtschaftliche Lage bedingt, in den großen Städten Berufsämter gegründet. Dies war unbedingt nötig. Spielt sich doch heute das Berufsleben im allgemeinen unter Ausschluß der Öffentlichkeit ab.

Wenn heute in der staatlichen Berufsliste über 10.000 Berufe verzeichnet sind, ist es verständlich, daß nicht alle Berufe bei der breiten Masse bekannt sind. Es ist eben nicht möglich, das Berufsleben zu übersehen und kommt es durch die Unwissenheit öfter vor, daß das Mädel oder der Junge den falschen Beruf wählt. Die Folgen machen sich dann später sehr unangenehm bemerkbar.

Der Rationalisierung im allgemeinen ist auch die Rationalisierung am Menschen gefolgt. Auch der Mensch wird in der Wirtschaft rationalisiert. Hier liegt die Tätigkeit des Berufsamtes, welches jetzt der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung angeschlossen ist, ein.

Redner betonte, daß wir als Gewerkschafter unbedingt der Berufsberatung unser Augenmerk schenken müssen. Verschiedene Gewerkschaften sind auf diesem Gebiet schon vorangegangen (die Buchbinder an der Spitze). Die anderen müssen folgen.

Interessant waren die Ausführungen über die Berufswünsche der Kinder. Hier kam zum Ausdruck, daß es bei der Berufswahl sehr viel Modeberufe gibt. An Beispielen zeigte der Referent, wie in einzelnen Jahren der Drang nach einem Beruf ist, dann aber wieder abflaut und sich die Jugend in ihrer Mehrzahl einem anderen Beruf zuwendet, der vorher überhaupt nicht beachtet wurde. Von sehr großer Bedeutung bei der Berufswahl ist auch die Umgebung des Kindes. Z. B. wohnt ein Junge bei einem Bäcker im Hause, dann ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Junge auch das Bäckerhandwerk lernen will. Er dringt eben in den Beruf ein. Weitere Ursache: Aus einer Straße melden sich fast alle Jungen, um Fahrradmechaniker zu werden. Ursache war, in der Straße wohnt ein berühmter Rennfahrer.

Ist eine Berufsberatung möglich in so kurzer Zeit? Hier hob der Referent die verschiedenen Eigenschaften, die der Junge mitbringen muß für die verschiedenen Berufe, hervor. Daneben spielt aber auch der psychologische Moment bei der Prüfung eine sehr große Rolle. Der Redner zeigte an verschiedenen Beispielen, wie fast jeder Beruf andere Anforderungen an den Menschen stellt. Aber nicht nur die Prüfung am Berufsamt ist maßgebend bei der Berufsberatung. Auch der Arzt, Lehrer und Eltern sprechen ein wichtiges Wort mit.

In der Diskussion wurden dem Referenten verschiedene Fragen vorgelegt, die er zur Zufriedenheit beantwortete. So erklärte er, daß man im allgemeinen auf dem Standpunkt stehe, daß die Rationalisierung den Facharbeiter ausschalte und an seine Stelle trete der Hilfsarbeiter. Diese Auffassung ist irrig. Z. B. würden an den Maschinenführer viel höhere Anforderungen gestellt als an den Handlager. Ferner dort, wo das Auto die Pferde verdrängt habe, würde von dem Kraftfahrer mehr Anwartschaft verlangt als der Fuhrmann nötig hatte.

Warum kommen noch soviel Sattler in Lehrstellen, wo doch der Sattlerberuf am Aussterben ist? Diese Frage beantwortete der Referent damit, daß die Berufsberatung und Berufsstellungsvermittlung nicht obligatorisch ist. Nicht alle Eltern kommen zum Berufsamt und lassen sich beraten. Hier müssen die Gewerkschaften versuchen, mehr Einfluss zu gewinnen. Die Gewerkschaften müssen dahin kommen, daß sie auch bei der Einstellung des Lehrlings ein gewichtiges Wort mitreden können. Dann wird es vor allem nicht mehr vorkommen, daß in einem überfüllten oder in einem absterbenden Beruf noch so gewaltige Massen Lehrlinge ausgebildet werden. Auch wird dann dem Jungen nur die Bestelle zugewiesen werden, wo er auch wirklich etwas lernen kann. Sehr stark sind die Gewerkschaften daran interessiert, daß der Nachwuchs auch beruflich tüchtig ist.

Noch die Prüfung eines Sattlers erklärend und darauf hinweisend, daß von allen Prüfungen des Berufsamtes 95 Proz. richtig sind, schloß der Referent seine sehr interessanten Ausführungen.

Unter Verhandlungsangelegenheiten wurde noch mitgeteilt, daß die Leitung der Kunstgelehrtenstelle betitelt ist, einen Abend-Zeichentkurs für Polsterer und Dekorateur einzurichten, wenn sich eine genügende Anzahl Teilnehmer findet. Die Kollegen, die Lust und Liebe dazu haben, mögen sich auf dem Verbandsbureau melden. Unser diesjähriges Stiftungsfest findet im Messehof (roter Saal) statt und wurden die Anwesenden gebeten, schon jetzt die nötige Propaganda zu machen, damit wir ein volles Haus haben. Im Oktober findet eine Büchertournee

statt und müssen alle Bücher und Karten auf dem Verbandsbureau abgeliefert werden. Nachdem die Anwesenden aufgefordert waren, mit dafür zu sorgen, daß die am 26. September, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus stattfindende Jugendversammlung einen guten Besuch aufweisen möge, schloß der Vorsitzende die Versammlung. E. Sch.

Prähit. Am 14. September fand hier in der „Roten Mühle“ eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Kollege Effer, Dessau, referierte über Betriebsräteahlen und erledigte diese Aufgabe in vorzüglicher Weise. Da zurzeit bei der Firma Stürmer Betriebsräteahlen vor sich gehen, war die anschließende Aussprache sehr lebhaft. Infolge des Eingetretens unseres Gauleiters H. Busch hielt sich die Firma Stürmer gezwungen, den geschwägigen Widerstand gegen die Wahl eines Betriebsrates aufzugeben. Notwendig ist es auch, daß sich der zuständige Gewerberat einmal ernsthaft der Zustände in der Firma annimmt. Nach Erledigung dieses Punktes beschlossen die erkrankten Kollegen, sich wieder dem Verband anzuschließen. Die bereits in Bittenberg organisierten Kollegen werden sich ebenfalls an der neuen Ortsverwaltung beteiligen. Sämtliche Funktionärposten wurden besetzt. Kollege Klempf, Dessau, machte Ausführungen über die technischen Angelegenheiten. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die Erkrankten, nicht wieder in den alten Fehler zu verfallen, sondern fest zu stehen und auszuharren, mag kommen was da kommen mag! Hierauf vereinigte die Verbandskollegen ein gemühtliches Beisammensein, wo jung und alt sich wohl fühlten. Zum zweiten Male wurde das Fundament zur Organisation gelegt, hoffentlich für alle Zeiten. Rich. Hoffmann.

Erneuerung der Imprägnierung von wasserdichten Stoffen.

Nachdruck verboten.

Regenmäntel, Wagenverdecke, Planen, Zelte, Matten, Pferdebeden und dergl. wasserdichte Stoffe, die die Art der Imprägnierung äußerlich nicht erkennen lassen, sind in der Regel mit fettsaurer Tonerde imprägniert, denn die farblosen Bestandteile der Lösung verändern das Aussehen des Gewebes nur ganz unmerklich. Bei leinenen und baumwollenen Stoffen verringert sich die Schutzwirkung nach einer gewissen Benutzungsdauer, diese kann jedoch wieder aufgefüllt werden. Man löst 300 Gramm Alaun in 10 Liter Wasser von 50 Grad Celsius, ferner, getrennt davon, 300 Gramm Bleizucker, ebenfalls in 10 Liter von 50 Grad Celsius. Beide Lösungen vereinigt man nun, läßt den ausgeschleuderten Niederschlag absetzen und zieht die klare Flüssigkeit, welche effiglaure Tonerde darstellt, ab. In dieser läßt man den Stoff etwa 24 Stunden liegen, quecht ihn dann gut ab und trocknet ihn. Hierauf bringt man ihn in ein zweites Bad von 50 Grad Celsius, das in 10 Liter Wasser 700 Gramm neutrale Seife enthält. Hierin wird der Stoff gut durchgearbeitet, gut abgequecht und abermals getrocknet. Auf diese Weise wird im Gewebe fettsaure Tonerde niedergeschlagen.

Bei der Nachimprägnierung unrichtig gewordener Regenmäntel, Planen und dergleichen wird es vornehmlich darauf ankommen, eine möglichst einfache Imprägnierungsform anzuwenden. Man bereitet eine 7prozentige Gelsalmlösung, erwärmt diese auf 40 Grad Celsius und trinkt das Gewebe, läßt an der Luft trocknen; hierauf wird der so behandelte Stoff in eine 4prozentige Alaunlösung getaucht aber mit dieser gut benetzt, abermals an der Luft getrocknet, in einem dritten Arbeitsgange durch reines Wasser gezogen und zum dritten Male getrocknet.

Baumwoll-, Seinen-, Zute- und Hanfgewebe, wie diese bei Anzügen vielfach Verwendung finden, können in der Weise imprägniert oder nachimprägniert werden, daß man sie einem Bad von schwefelsaurem Kupferoxydammonium von 10 Grad Celsius (Grad Baume-Aräometer) bei einer Temperatur von 25 Grad behandelt, bis sie völlig durchtränkt sind. Hierauf bringt man das Gewebe in eine Negatronlösung von 2 Grad Celsius, worauf getrocknet wird. Um die wasserdichtmachende Wirkung zu erhöhen, kann man die Negatronlösung durch eine Lösung von schwefelsaurer Tonerde ersetzen; das perwert das Verfahren etwas, dürfte aber in diesen Fällen kein Hindernis bilden.

War die ursprüngliche Imprägnierung nach einem anderen Verfahren hergestellt, so geht diese Lösung mit dem Fasergebilde keine ausreichende Verbindung ein. Es ist jedoch in der Regel leicht zu erkennen, wenn zum Imprägnieren Leinöl oder Kantschulösungen verwendet worden sind. In solchen Fällen benutzt man zur Erneuerung der Widerstandsfähigkeit die gleiche Masse.

Zum Imprägnieren schwererer Gewebe wird häufig eine Lösung von Paraffin, Jerezin und Wachs benutzt. Die Nachimprägnierung kann bei solchen Stoffen in verhältnismäßig einfacher Weise erfolgen. Man läßt Jerezin, Paraffin und reines Bienenwachs ungefähr zu gleichen Teilen in so viel

Benzin oder Benzol, daß eine streichfähige Masse entsteht. Bei dem Umrühren des Jerezins ist darauf zu achten, daß dieses möglichst in unverfälschter Beschaffenheit zur Verwendung kommt, denn es ist vielfach mit Beheßprodukten vermischt, wodurch nicht allein der Nutzwert verringert, sondern auch die Löslichkeit in Benzol erschwert ist. Durch das Tränken mit dieser Lösung umhüllt sich die Faser der Faser mit einer dünnen Schicht, und nach der Verflüchtigung des Lösungsmittels verbleiben diese wasserabweisenden Stoffe im Innern der Faser zurück. Man erkennt die Paraffin- und Jerezinimprägung daran, daß sich beim Abreiben mit einem Benzinlappen lösliche Bestandteile bilden. Vor dem Aufbringen der neuen Imprägnierung ist es zweckmäßig, die Fläche möglichst zu reinigen und mit Benzin oder Benzol abzureiben.

Leinölmirnismprägungen werden heute verhältnismäßig selten ausgeführt. Zur Nachimprägung werden oft die unter verschiedenen Phantastennamen angebotenen Handelsprodukte benutzt, doch sind diese nicht immer einwandfrei. Die Untersuchung einer derartigen Masse ergab folgende Zusammenstellung:

- Leinölmirnism 50 Teile,
- Wasser 47 Teile,
- Pottasche 3 Teile.

Letztere fördert die Emalgierbarkeit, und für manche Zwecke mag die feine Verteilung durchaus genügen. Will man sich die Masse selbst bereiten, ist es vorteilhaft, die Pottasche durch Salmiat zu ersetzen. Dem Firnis werden sehr verschiedene Streckmittel zugefügt. Eine ergebnisse, oft benutzte Zusammenlegung ist folgende:

In 40 Teilen Wasser werden 10 Teile Kartoffelstärke bis zur Verkleisterung erhitzt, nachdem die Wärme des Reizlers unter stetem Rühren auf 60 Grad Celsius gesunken ist, fügt man nach Bedarf reines Malzgerstke zu, wodurch die Masse flüssiger wird. Hierauf bereitet man eine Emulsion aus 30 Teilen hellem Weismangalfirnis und 17 Teilen warmem Wasser, in dem vorher 3 Teile Borax und ein Zehntel Teil Formaldehyd gelöst wurden. Diese Lösung wird mit der vorgenannten gut verrührt und mit dem Pinsel aufgetragen.

Anzüge, Mäntel und dergleichen sind oft nach einem Verfahren imprägniert, das die Stoffe wasserdicht macht, ohne die Luft- und Schweißdurchlässigkeit aufzuheben. Man trinkt diese Stoffe in einer Lösung von effiglaurer Tonerde und nach dem Abtrocknen nochmals in einer Lösung von Wollseife (Wollschweiß) oder Lanolin, welche mit Hilfe dieses flüchtigen Lösungsmittels verdünnt werden. Ueberflüssiges Fett wird abgedrückt oder in irgendeiner Weise beseitigt. Nach dem Verflüchten des Lösungsmittels haften die Bestandteile an den Gewebefasern. Um die effiglaure Tonerde im Gewebe besser festhalten zu können, fügt man dieser etwas Bleizucker bei.

Carl Michs.

Sprachkurse.

Anfang Oktober beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Herbstkurse (Abendunterricht) für Teilmehrer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Richtiges Deutsch“. Dieser Kursus wird behandelt: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Satzlehre und Sprachlehre; Fremdwortkunde, „mir oder mich“, grammatische Schwierigkeiten, Satzlehre, Anfertigung von Aufzügen.

Zur Deckung der Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 Mk. erhoben. Erwerblos zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Sprachkursen unentgeltlich geliefert. Außer den Kursen im eigenen Heim der Sprachenschule (Potsdamer Straße 52) sollen wieder wie früher in verschiedenen Stadtteilen (Nord, Ost, Neukölln, Wedding und Westen) Sprachkurse eingerichtet werden.

Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: Berlin 23 35, Potsdamer Str. 52.

Unsere Lohnbewegungen.

Tapezierer.

Brendenburg a. S. Ab 2. September beträgt der Mindestlohn 1,01 Mk. Die Zulage beträgt für alle Altersklassen 5 Pf.

Güstrow in Mecklenb. Mit Wirkung vom 1. Mai beträgt der Tariflohn 1,05 Mk.

Fahrzeugindustrie.

Düsseldorf. In der Waggonfabrik Gebrüder Schönborn wurde der Lohn ab 7. August von 1,25 Mk. auf 1,28 Mk. erhöht.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Der Verbandstag der Steinarbeiter Deutschlands fand in der zweiten Septemberrunde im Berliner Gewerkschaftshaus statt. Der Verband hat eine günstige Entwicklungsperiode hinter sich. Die Mitgliederzahl beträgt 72 200. Auch die Kassenverhältnisse müssen als günstig bezeichnet werden. Sehr stark haben die Steinarbeiter unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. Es ist daher erklärlich, daß aus Mitgliederkreisen ein stärkerer Schutz dagegen gefordert wird. 55 Proz. der Gesamteinnahme wurde in Form von Unterstufungen — ohne Streit- und Gemahregelungen — zurückgegeben. Die Einführung der Invalidenunterstützung wurde von den Delegierten mit großer Mehrheit abgelehnt, doch soll die Mitgliedschaft in einer Urabstimmung befragt werden. Ein Antrag, der die Verschmelzung mit einem größeren Industrierverband fordert, wurde gegen wenige Stimmen, der Anschluß an den Baugewerksbund einstimmig abgelehnt.

Kartellvertrag zwischen Fabrik- und Metallarbeitern. Zwischen dem Deutschen Fabrikarbeiter- und Metallarbeiterverband wurde ein Kartellvertrag abgeschlossen, dessen Zweck in Konzentration der Gewerkschaftsarbeit besteht. Jeder Verband führt die Tarif- und Lohnbewegungen sowie die Streits in seinem Agitationsbezirk, selbständig ohne Hinzuziehung des anderen Verbandes, auch wenn dieser dort eine Anzahl Mitglieder haben sollte. Lohnbewegungen und Streits, an denen Mitglieder der beiden Organisationen auf Grund der vereinbarten Ausnahmen beteiligt sind, werden gemeinschaftlich eingeleitet und durchgeführt. Jede Organisation erhält in diesem Falle eine angemessene Vertretung bei den Besprechungen und Verhandlungen.

Vierzig Jahre Bergarbeiterverband. Am 15. August waren es 40 Jahre, daß der Verband, der dann bald zum zentralen Verband der deutschen Bergarbeiter wurde, in Dorffeld bei Dortmund gegründet wurde. Diese Gründungsversammlung sollte schon einige Monate vorher stattfinden, der Ausbruch des gewaltigen Streits im Mai 1889 verhinderte es.

Der Verband der Bergbauindustriearbeiter, wie er jetzt heißt, hat zu diesem Jubiläum im Verbandsverlag (Hansmann u. Co., Bochum) eine Erinnerungsschrift herausgebracht: „1889—1929. 40 Jahre Bergbau und Bergarbeiterverband.“ Auf 128 Seiten Kunstdruckpapier, mit Abbildungen aus dem alten, dem modernen Bergbau und der Verbandsgeschichte, gibt das vom Schriftleiter der „Bergbau-Industrie“, Reichstagsabg. Ulmberg, verfasste Buch eine kurzgefaßte, aber sehr interessante Geschichte des Bergbaues und des Verbandes. Die riesenhafte Entwicklung des Bergbaues in Deutschland wird an Hand von Schaubildern und Tabellen geschildert. Die Vorgeschichte der Bergbauorganisation, die Entretzung und Ausbeutung der Bergleute nach Freigabe des Bergbaues von staatlicher Bevormundung erfährt interessante Darstellung. Es wird gezeigt, wie diese Entretzung und Ausbeutung trotz aller Verfolgung durch Unternehmer und Behörden immer wieder Organisationsversuche auslöste, die dann endlich 1889 zur Errichtung eines dauernden Verbandes führte. Der Verband wuchs, in stetem Kampf mit Behörden und Unternehmern, jahrelang auch mit der christlichen Gegenorganisation, unaufhaltsam. Schilderungen großer Streits 1905, 1912, 1924, 1927 schließen sich an. Dann wird gezeigt, wie groß die Fortschritte der neuen Zeit sind. Mit einer Ehrung bekannter Führer schließt das Buch, das dem Fernstehenden einen interessanten Blick in das Gebiet des Bergbaues eröffnet.

Genossenschaftswesen

Die Tarife der Volksfürsorge. Die Volksfürsorge, Versicherungsgesellschaft der freien Gewerkschaften und deutschen Konsumgenossenschaften, betreibt die **Volksversicherung** und seit dem Jahre 1921 auch die sogenannte **Große Lebensversicherung**.

In ihrer **Volks-Ableitung** führt sie zwei Tarife mit einer Höchstsumme von je 3000 RM.:

Tarif II: Versicherung auf den Todes- und Erlebensfall; Mindestprämie monatlich 2 RM., für Kinder und Jugendliche 1 RM.;

Tarif I: Versicherung auf den Todesfall mit abgekürzter Prämienzahlung (Sterbegeldversicherung); Mindestprämie monatlich 1 RM.;

in ihrer **Lebens-Ableitung** einen Tarif:

Tarif O: Versicherung auf den Todes- und Erlebensfall, ohne ärztliche Untersuchung; Mindestprämie pro Quartal 20 RM., Höchstversicherungssumme 10 000 RM.

Für **Kollektiv-Versicherungen** besteht ein besonderer Sterbetariff.

Mit diesen Tarifen kann allen Ansprüchen der Arbeitnehmerchaft an eine Volks- bzw. Lebensversicherung Genüge geleistet werden. Die **Versicherung**

bedingungen sind äußerst günstig gestaltet. Durch die Einführung der **Gratifikationsversicherung** bei einer monatlichen Prämie von 2 RM. an hat die **Volksfürsorge** noch ein übriges für ihre Versicherten getan, indem bei tödlichem Unfall die Versicherungssumme doppelt gewährt wird.

Rundschau

Der neue Ford. Die Automobilproduktion Fords belief sich im August auf 205 634 Wagen; sie ist damit fast genau so hoch wie die bisherige Rekordproduktion im September 1925. Die Totalproduktion während der ersten acht Monate 1929 betrug 1 470 386 Wagen.

Zusammenfluß der Gewerkschaftshäuser. Auf einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft deutscher Volks- und Gewerkschaftshäuser (Dresden, 10. bis 12. September d. J.) wurde mit 219 gegen 11 Stimmen grundsätzlich beschlossen, einen festen Zusammenschluß dieser Unternehmungen in Form einer Aktiengesellschaft herbeizuführen. Es wurde eine Entscheidung angenommen, in der eine 14gliedrige Kommission mit der Ausarbeitung eines Satzungsentwurfes und der Aufstellung von Richtlinien zur Übernahme der Unternehmungen beauftragt wird.

Große Schwierigkeiten bei Fords Kaufschulplänen. Die Bemühungen Fords, durch Schaffung von Kaufschulplantagen im Amazonasgebiet eine gewisse Unabhängigkeit vom britischen Gummimonopol zu erlangen, stoßen auf unerwartet große Schwierigkeiten. Zwar wurden in wenigen Monaten durch einen enormen Einfluß von Maschinen in dem riesigen Gebiet, das in einer Ausdehnung von 1 Million Hektar Land Ford als Konzession von der brasilianischen Regierung im Staate Para überlassen war, grundlegende Veränderungen erzielt. Aus dem armenigen Flecken Boa Vista am Tapajoz entstand binnen weniger Monate ein moderner Flußhafen mit Elektrizitätswerk, Hospital, Automobilstragen usw. Doch sind die Schwierigkeiten, die die Beschaffung geeigneter Arbeiter bereitet, keineswegs überwunden. Diese Schwierigkeiten werden einmal durch die überaus schlechten Gesundheitsverhältnisse dieser Gebiete bedingt, denn selbst in der Hauptstadt Belom entfielen 12 Proz. aller Todesfälle auf Malaria, wobei unberücksichtigt bleibt, wieviel malarikranke Ausländer in ihre Heimat zurückkehrten. Zum anderen aber will sich der brasilianische Arbeiter nicht an das amerikanische Arbeitssystem gewöhnen. Von den Hunderten von nordbrasilianischen Arbeitern, die angelockt von den Fordschen Plänen, in das Konzessionsgebiet zogen, ist inzwischen der größte Teil enttäuscht über die Arbeits- wie auch über die Lohnverhältnisse wieder abgewandert, so daß bereits heute feststeht, daß der Versuch, mit brasilianischen Arbeitern die Plantagen anzulegen, gescheitert ist. Ob nunmehr Ford von der im Konzessionsvertrag festgelegten Berechtigung Gebrauch machen und chinesische Kulis ins Land holen wird, ist noch ungewiß. Aber auch dann würde es notwendig sein, durch Anlage von Mais-, Mandiotapflanzungen usw. die Voraussetzungen zu schaffen, die großen Arbeitermassen einen Daueraufenthalt überhaupt erst ermöglichen. Die weitergehenden Pläne Fords, in Boa Vista Gummireisfabriken in Betrieb zu setzen und am Ort der Gewinnung des Rohkauschulns gleich die Automobilwerke herzustellen, liegen erst recht in weiter Ferne, falls man nicht zunächst, wie es den Anschein hat, den in den Urwäldern von Eingeborenen gesammelten Wildkauschuln heranzieht.

Bücherchau

Die amerikanische Arbeiterchaft und die amerikanische Demokratie. Von William English Walling. Herausgegeben von Georg Feder. Lieberfeld von Helene Vogel-Buch. Mit einer Einleitung des Verfassers zur deutschen Ausgabe. Teil I: Arbeiterchaft und Politik. Teil II: Arbeiterchaft und Regierung. 207 Seiten. 1929. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin. Preis: gebunden 5,50 RM., kartoniert 5,50 RM., Organisationspreis gebunden 4,85 RM., kartoniert 4,10 RM.

Das Buch von William English Walling ist eine einzig dastehende Einführung in die Gedankenwelt der amerikanischen Arbeiterbewegung, es ist aber darüber hinaus auch sehr aufschlußreich für einige Probleme der amerikanischen Politik, mit denen man in Europa am wenigsten vertraut ist. Die Eigenart des amerikanischen Imperialismus wird hier auch von solchen Seiten aufgezeigt, die sonst in der Literatur über Amerika nur selten genügend beachtet werden. Vor allem aber ist das Buch von Walling für jeden anerkennend, der sich über die genaue Vorstellung von den Methoden der politischen Aktivität der amerikanischen Gewerkschaften und von den Gedanken der Wirtschaftsdemokratie in ihrer amerikanischen Fassung verschaffen will. Über diese Fragen schreibt Walling auf Grund langjähriger Erfahrungen und mit holländischer Beherzigung der Materie. Ein bekannter Führer der amerikanischen Arbeiterbewegung, Prof. C. G. M. van der Meer, hat in einer kurzen Einleitung zur amerikanischen Ausgabe des Buches die amerikanische Arbeiterbewegung, wie sie in Wirklichkeit ist, ihre geschichtliche Bedeutung und ihre Bedeutung für die ganze Welt, ihre Gedankenwelt, ihre Zielsetzungen und die Tendenzen ihrer Entwicklung, — dies alles zum offeneren nicht verstanden werden, ohne diese Fragen in ihrer Fülle mit den Führern der Bewegung und ihrer Kämpfer zu haben. Walling hat diese Gelegenheit während mehr als zwei Jahrzehnten in außerordentlichem Maße gehabt.

Ein Kumpel. Von Steiger Georg Werner. 192 Seiten mit fünf Bildern. Berlin 1929. Gewerkschaftshaus. Preis: gebunden 5,50 RM., Organisationspreis 4,50 RM.

Das am ausgeschaltete, mit Bildern des bekannten Grafikers Hermann Schulz illustrierte, ferner mit einem sehr interessanten Profil der Frau Hedwig versehene Buch macht den Eindruck einer Selbstbiographie. Der Verfasser erzählt unter Angabe von Namen und Daten in humorvoller Weise, wann und wie er Schöpfer, Bauer und Steiger geworden und wie er, nachdem er sein Betriebskollaborieren mit „Gut“ beendete, sich entziehen hat, aus dem Versteck auszuweichen. Über Werner, der ja bereits durch seinen Roman „Gungelstahl“ bewiesen hat, daß er in Romanform schreiben kann, soll kein anderer Realist als in der „Arbeit“ das Problem der Wertes demokratischer Zusammenarbeit von Vorgesetzten und Untergebenen im Betriebe glaubhaft darzustellen. Er legt, nur wenn Namen, Orte und Zahlen genannt werden, kann es sich um ein Buch auch bei jenen Menschen Beachtung finden, die die demokratische Zusammenarbeit im Betriebe für eine Utopie halten.

Dem Verfasser ist es wirklich gelungen, den Zusammenstoß zweier Betriebsmethoden spornend zu schildern. Was er von der Oberstufe der Bodumer Bergschule erzählt, wie sich der Gegensatz zwischen den Anhängern antiländlicher Weltanschauung und den Anhängern des sogenannten Etappen-Systems zeigt, gebiet zum Nachdenken, was je über den verheerenden Einfluß von Einmischungen geschrieben worden ist.

Verbandsnachrichten

(Befanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 23. bis 29. September ist der 39. Wochenbeitrag fällig. **Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.**

Redaktionsfluß für den „Weggenossen“ ist Freitag, der 27. September.

Berichterstattung über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende des dritten Quartals 1929.

Alle Ortsverwaltungen werden ersucht, die **Recherche** für den Monat September bis spätestens zum 5. Oktober an die Hauptverwaltung einzusenden. Stichtag ist Sonnabend, der 28. September. Rein Ort darf die Berichterstattung veräumen. Da zugleich am Quartalsfluß die Arbeitslosigkeit nach Branchen herausgefragt werden muß, ersuchen wir um besonders sorgfältige Ausfüllung der Berichtskarten.

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft in unserem Verband können zurückblicken:

- Berlin:
- Füllbrandt, Reinhold, Tapezierer
 - Neumann, Max, Tapezierer
 - Lahayn, Willy, Tapezierer
 - Meyer, Max, Treibriemer
 - Rohmeier, Emil, Tapezierer
 - Roger, Karl, Sattler
 - Schüge, Gustav, Einseumleger
 - Armenier, Wilhelm, Zeltlatte
 - Rose, Hermann, Zeltlatte
 - Kneifel, Adolf, Sattler.
- Brandenburg a. H.:
- Riawe, Gustav.

Verammlungskalender

Neustadt-Glewe. Dienstag, den 1. Oktober 1929, nachmittags 4 Uhr, Versammlung bei Gastwirt Ockenschläger.

Zeitz. Freitag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Restaurant „Felsenkeller“, Freitagstischtrage, unsere **Mitgliederversammlung** statt. Tagesordnung: Lohnbewegung in der Zeitzer Allgemein-Industrie, Quartalsabrechnung, Berichtsbüro. Nach der Versammlung gefelliges **Besammenfein** für Unterhaltungsmusik ist Sorge getragen. Es ist Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, für zahlreichsten Besuch zu sorgen.

Die Ortsverwaltung. J. A.: Willy Lindner.

Adressenänderungen

Flauen i. Vogtl. Raff.: Karl Bauer, Südr. 10 II bei H. Hums.

Osnabrück. Raff.: Gustav Jenisch, Hausnummer 151.

Sterbetafel

Berlin. Am 13. September dieses Jahres starb nach 25jähriger Mitgliedschaft im Verband unfer Kollege, der Sattler Hermann Hammer Schmidt im Alter von 45 Jahren.

Dresden. Hier starb unfer Kollege, der Koffersattler Richard Claus im Alter von 61 Jahren.

Wülfrath. Töblich verunglückt beim Motorradfahren ist unfer junger Kollege, der Portierer Bernhard Schneider. **Ehre ihrem Andenken!**